



IRS Institut für
Regionalentwicklung
und Strukturplanung

In dieser Ausgabe:

- Interreg IIC-Projekt:
Große Neubaugebiete in
Ostmitteleuropa
- Konferenz der Inter-
nationalen Gesellschaft
für Folgenprüfungen
- Regionales Flächen-
management
- Interview
mit Hans-Olaf Henkel
- Rezension
- IRS-Forschungskolleg
- Aus den raumwissen-
schaftlichen Partner-
einrichtungen
- Kurz notiert
- Lehrveranstaltungen
- Veröffentlichungen

Neubestimmung

... der ostdeutschen Städte

Seit Monaten findet die Problematik der Schrumpfungsprozesse in ostdeutschen Städten erhöhte Aufmerksamkeit in der Fachwelt und in der Öffentlichkeit. Das Thema wird auch in der Politik nicht mehr verdrängt, sondern in zahlreichen Aktivitäten aufgegriffen. Das Problembewusstsein ist gestiegen.

Dennoch wirken die meisten Stellungnahmen ratlos. Es gibt zwar rasche, praktisch ausgerichtete Maßnahmen - die Fachressorts des Bundes und der ostdeutschen Länder drängen darauf -, doch ob tatsächlich in hinreichendem Umfang das hierfür erforderliche Wissen verfügbar ist, muss bezweifelt werden. Politischer Wille und zusätzliches Geld garantieren noch keine Zukunft.

Das IRS ist seit Jahren mit dem Umbruch, dem Aufbau, der lähmenden Stagnation in den ostdeutschen Städten in Ressortforschungsprojekten, eigenen Studien und einzelnen Begleitmaßnahmen befasst. Mit diesem Wissen wollen wir zur Bearbeitung der prekären Situationen beitragen - einerseits, indem wir aufzeigen, in welchen Fragen noch Forschungsbedarf besteht und mit welchen Projekten er bearbeitet werden könnte, andererseits, indem wir im Rahmen konkreter Modellvorhaben den Dialog mit den Städten mitgestalten, Erfahrungen vermitteln und Beratungen anbieten. In den nachfolgenden Texten finden Sie dazu unterschiedlich akzentuierte Themen, allesamt bezogen auf die (mehrdimensionalen) Schrumpfungsprozesse und ihre Folgen.

Unsere Hauptthese lautet, dass es sich in erster Linie um ein *mentales* Problem handelt. Mit "negativem Wachstum" umzugehen, hat niemand gelernt. Nun gut (oder schlecht), dann müssen die Städte eben lernen, sich den veränderten Bedingungen

möglichst geschickt anzupassen. Ist das ein Grund, die Lage zu dramatisieren? Die Erfahrungen zeigen, dass es den örtlichen Akteuren, den Bürgern und Behörden, schwer fällt, die erkennbaren Verluste einfach wegzu- stecken und sich einer positiven Ent-

wicklung zuzuwenden. Dies aber wäre hilfreich, nämlich mit Kreativität und unter Einbeziehung des Wissens und der Fähigkeiten breiter Kreise in der Bevölkerung, neue Wege zu beschreiben und sich dabei von manchen Träumen zu verabschieden.

Städte verlieren Einwohner, es fehlt an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, Wohnungen stehen leer - eine klassische Situation für die Anwendung ökonomischer Prinzipien. Die materiellen Bedürfnisse unter Bedingungen der Schrumpfung zu befriedigen, ist die eine Seite. Insoweit mögen Stadtumbau-Maßnahmen unumgänglich sein, vor allem müsste jedoch

die stadtreionale Ökonomie wieder Tritt fassen. Offenbar sind aber, das ist die andere Seite, auch sozialpsychologische Erkenntnisse relevant. Wirtschaftliche Akteure, Kommunalpolitiker, Bürgerinnen und Bürger verstärken ein Verhalten, wenn es für sie belohnend erscheint, und sie meiden Verhalten, durch das sie bestraft werden. Die Stadt als Ganzes (als Funktionszusammenhang, als Umwelt, als Gemeinwesen) wird ebenfalls nach diesem einfachen Grundprinzip betrachtet. Kann ich mich behaupten, kann ich erfolgreich sein? Oder zähle ich zu den Verlierern? Es sind diese Aspekte, die angesichts der Schrumpfungprozesse verstärkt ins Spiel kom-

men, zu mentalen Änderungen führen müssen, neue Denkmodelle und Strategien erfordern.

Mit der Überschrift ist angedeutet, dass wir gegenüber seither eine *Neubestimmung* der ostdeutschen Städte für erforderlich halten. Verantwortliche und Bürgerschaft müssen umdenken, sie müssen das Niveau der künftigen Stadtentwicklung neu bestimmen, sie müssen das Bild von ihrer Stadt neu bestimmen. Dann werden auch die quälenden Kontraktionen ihre Schrecken verlieren und Anlass für neue Zukunftsentwürfe bieten.

Karl-Dieter Keim

Schrumpfende Städte - Ursachen und Konsequenzen

Nahezu alle Städte in Ostdeutschland befinden sich derzeit in einer Entwicklung, für die folgende *Tendenzen* charakteristisch sind:

- Bevölkerungsrückgang (demographische Schrumpfung),
- Arbeitsplatzverluste und Abwanderung in die alten Bundesländer (wirtschaftliche Schrumpfung),
- Umlandwanderung/Suburbanisierung,
- zunehmender Wohnungsleerstand,
- existenzielle Gefährdung von Wohnungsunternehmen,
- Schrumpfung der sozialen und technischen Infrastruktur.

Damit diese Entwicklung nicht zum strukturellen Zusammenbruch der ostdeutschen Städte und damit zu einer dauerhaften wirtschaftlichen und sozialen Spaltung Deutschlands führt, ist es notwendig,

- diese Entwicklung in ihren Zusammenhängen wahrzunehmen und die sich daraus ergebenden *Konsequenzen* sachlich und vorbehaltlos zu erkennen,
- die auftretenden Schrumpfungprozesse zugleich als Chance für die mittel- und langfristige Stadt- und Regionalentwicklung zu begreifen,

- mittels einer anwendungsorientierten Forschung wechselseitige Abhängigkeiten und Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten,
- unverzüglich mit entsprechend wirksamen *Strategien* im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Raum zu beginnen.

(1) Deutschland insgesamt befindet sich in einem *demographischen Dilemma*, auf das es bis heute weder mit Steuerungszielen noch mit Steuerungsinstrumenten antworten kann. Wenn eine Gesellschaft überleben will, braucht sie einen entsprechenden Altersaufbau, und der ist *in Deutschland* instabil. Daran schuld sind nicht mehr die beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert, sondern der anhaltende Geburtenrückgang in den letzten Jahrzehnten. Aus dem "Lebensbaum" in Form einer Glocke oder einer ägyptischen Pyramide mit breiter Basis wird ein auf schmalem Stiel stehender Pilz oder ein "Kollaps auf tönernen Füßen".

Die Folgen des fehlenden Generationenersatzes sind - wie die Ergebnisse der 9. Koordinierten Bevölkerungsberechnung Deutschlands bis zum Jahr 2050 zeigen - auf Dauer ein demographisches Altern der Gesellschaft, ein weiterer Rückgang der weiblichen

Jahrgänge im gebärfähigen Alter und eine dramatische Verschiebung der Proportionen zwischen den Erwerbsfähigen einerseits und den davon sozial abhängigen Jahrgängen der Kinder und Jugendlichen und denjenigen des Rentenalters andererseits.

Eine Einwanderung, die ein quantitatives Gegengewicht zur Alterung herstellt und sie sogar zurückdrängt, müsste ein Ausmaß haben, das unsere Vorstellungen sprengt. Sollte es bei einer Zuwanderung von "nur" 100.000 Menschen jährlich bleiben, würde sich die Bevölkerungszahl von 82 Millionen des Jahres 2000 bis 2030 auf 75 und bis 2050 auf 65 Millionen verringern. Beträgt der Wanderungssaldo jährlich 200.000, sinkt die Einwohnerzahl bis 2030 auf 78 und bis 2050 auf etwa 70 Millionen. Eine Studie der Vereinten Nationen empfiehlt, dass Deutschland jährlich 500.000 Einwanderer aufnehmen sollte, um den Bevölkerungsrückgang auszugleichen. Nach dieser Studie wäre es erforderlich, dass - um die derzeitige Wohnbevölkerung konstant zu halten - in den nächsten Jahren rund 17 Millionen Menschen nach Deutschland einwanderten.

(2) Die Bevölkerungszahl in den neuen Bundesländern schrumpft schneller

als in den alten Ländern bzw. der Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Die Gründe dafür liegen neben dem demographischen Rückgang in anhaltenden bzw. seit etwa 1997/98 wieder angewachsenen **Abwanderungen** nach West-, insbesondere Südwestdeutschland sowie den dafür verantwortlichen unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen in Ost und West.

Das ostdeutsche **Wirtschaftswachstum** bleibt seit einigen Jahren hinter dem Westen zurück. Bei wichtigen Indikatoren herrscht so gut wie Stagnation (Bruttoinlandsprodukt, Produktivität und Einkommen). Die ostdeutsche Beschäftigungssituation ist weiterhin prekär. Seit 1998 stieg die Arbeitslosenquote im Osten vom 1,8fachen auf das 2,3fache der Arbeitslosenquote im Westen. Obwohl bundesweit die Jugendarbeitslosigkeit seit 1998 deutlich zurückgegangen ist, stieg die Anzahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren in den neuen Ländern im gleichen Zeitraum (bis Oktober 2000) um 15 Prozent an. Die konjunkturelle Abkopplung des Ostens und die damit zusammenhängende *verschärfte Ost-West-Spaltung des Arbeitsmarktes* führen zwangsläufig zu steigender Abwanderung qualifizierter und mobiler Arbeitskräfte sowie Auszubildender von Ost nach West. Mit der Zahlung von finanziellen Unterstützungen der Arbeitsverwaltung für junge Menschen, die in die alten Bundesländer gehen und dort einen Ausbildungsplatz erhalten, hat sich diese Entwicklung in jüngster Zeit noch verstärkt. Der Verlust an qualifizierten Arbeitskräften zieht Kaufkraftverluste, verringerte Steuereinnahmen und eine geringere Finanzkraft der ostdeutschen Kommunen nach sich. Das führt unvermeidlich zu weiteren Verlusten der Attraktivität des Standortes Ost. Der entscheidende Zukunftsindikator - der Anteil der Investitionen an der Bruttowertschöpfung - ist rückläufig. Die Investitionen in den ostdeutschen industriellen Kapitalstock erreichten 1999 mit ca. 12 Milliarden DM den niedrigsten Stand seit 1995. Im Westen stiegen die Investitionen 1999 dagegen um 5,7 Prozent und erreichten ca. 90 Milliarden DM.

(3) Infolge natürlicher Bevölkerungsbewegung und überregionaler Wanderung wird sich die *Bevölkerungsentwicklung in Ost und West im vor uns liegenden Zeitraum weiter verschieben*. Lebten im Jahr 1997 noch 21,3 Prozent der gesamten Bevölkerung in den neuen und 78,7 Prozent in den alten Bundesländern, so wird für das Jahr 2015 davon ausgegangen, dass in den neuen Ländern nur noch 19,5 Prozent, in den alten dagegen 80,5 Prozent der Bevölkerung leben.

Die bisherigen *Bevölkerungsvorberechnungen* der Statistischen Landesämter gehen für alle neuen Bundesländer (außer dem Land Brandenburg, das von Umlandwanderungen aus Berlin profitiert) von Einwohnerrückgängen zwischen fünf und acht Prozent bis zum Jahr 2010 aus. Dabei ist jedoch zu beachten, dass diese Prognosen teilweise schon vor zwei bis drei Jahren erstellt wurden und ihre Ergebnisse aller Wahrscheinlichkeit nach ein zu positives Bild zeichnen. Eine aktuelle Studie des Instituts "empirica" geht für die neuen Bundesländer insgesamt von einem *Bevölkerungsverlust* von 12 bis 17 Prozent (je nach Szenario) bis zum Jahr 2030 aus. Der geringste Rückgang der Bevölkerung wird für die Region Berlin-Brandenburg erwartet (sechs bis neun Prozent), der stärkste für Sachsen-Anhalt (über 25 Prozent). Die anderen neuen Bundesländer werden nach dieser Prognose bis 2030 ca. 20 Prozent ihrer Einwohner verlieren.

(4) Seit 1999/2000 ist bekannt, dass in Ostdeutschland insgesamt etwa *eine Million Wohnungen leer stehen*, davon mindestens zwei Drittel in den 140 Städten mit mehr als 15.000 Einwohnern. Drei Stadttypen gilt es dabei zu unterscheiden (vgl. den *Bericht der Expertenkommission "Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern"* vom Nov. 2000): *Altbaustädte, DDR-Entwicklungsstädte und Doppelstädte*. Der Abbau des Leerstandes wird sich in diesen drei Stadttypen jeweils unterschiedlich vollziehen, und zwar in Abhängigkeit von den Anteilen der unterschiedlichen Gebäudetypen und deren Präferenzierung, der Zukunftsfähigkeit der Stadt und ihren

wirtschaftlichen Entwicklungschancen und den sich abzeichnenden sozialen Differenzierungsprozessen.

Leerstand von Wohnraum und das Bemühen um seine Eindämmung bezeichnen aber nur *einen* Teil der Probleme, die sich aus den mehrdimensionalen Schrumpfungsprozessen der ostdeutschen Städte ergeben. Mit dem Rückzug von Bevölkerung aus vormals dicht bebauten Stadtgebieten verbinden sich eine Reihe anderer, teilweise komplexer Fragen, auf die es derzeit noch kaum eine Antwort gibt:

- Sicherung der sozial-kulturellen *Infrastruktur* (einschließlich Gesundheit) trotz vermehrten Leerlaufs bestehender Einrichtungen, z.B. Kitas, Schulen u.a.,
- Gewährleistung einer wirtschaftlichen bzw. nachhaltigen *Energieversorgung* der Stadtteile bei rückläufigen Anschlusszahlen und Verbrauchskapazitäten,
- Gewährleistung eines ausreichend hohen technisch-hygienischen Standards in der *Wasserversorgung und Abwasserableitung* bei sinkender Fließgeschwindigkeit bzw. sinkendem Durchsatz,
- Unterhaltung wirtschaftlich betreibbarer Systeme des *öffentlichen Personennahverkehrs*,
- Sicherung der postalischen und sonstigen Dienstleistungen, der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs sowie der rationellen Bewirtschaftung der sich mit Leerzug und Abriss ergebenden freien Flächen,
- Abwehr vermehrter sozialer Disparitäten und stadtstruktureller Fragmentierung.

Im Prinzip geht es um einen umgekehrten Verlauf früherer Wachstums- und Verdichtungsprozesse. Die Lösung kann - solange die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung nachhinkt - nur in einem mittel- bzw. langfristigen *Stadtumbau* liegen, bei dem wohnungswirtschaftliche, städtebauliche und gemeinwesenorientierte Aspekte von Anfang an wirksam *integriert* werden.

Werner Rietdorf

“Schrumpfung” zwischen Demographie und städtischer Alltagskultur

Das Schrumpfgespenst geht um. Die Deutschen, so mahnen Bundes- und Landespolitiker, werden landauf, landab weniger, dank niedriger Geburtenraten und mangels kompensierender Zuwanderung, auch und gerade in Ostdeutschland. Da nützt es wenig, wenn der (westdeutsche) Wirtschaftswissenschaftler und Publizist Heik Afheldt wenigstens zaghaft die Frage stellt: “Besser leben in Schrumpfermanien?” (Die Zeit v. 17.05.2001, S. 26) und auf die Vorteile verringerter Infrastrukturbelastungen (dank Bevölkerungsrückgang) und verlängerter Lebensarbeitszeiten (für die übrig Gebliebenen) verweist. Fast einhelliger Tenor der offiziellen Stellungnahmen von Politikern, Feuilletonisten, Raumplanern und Regionalwissenschaftlern ist der Ruf nach Schadensbegrenzung, wenn sich schon gegen die demographischen Trends nichts Effektvolles unternehmen ließe. Schließung der Lücken, die eine nachlassende Geburtenfreudigkeit und Abwanderungen in Ostdeutschland hinterlassen haben (z.B. auf den Wohnungs- und Arbeitsmärkten, im Bildungswesen usw.), notfalls Rückbau überzähliger Infrastrukturen, aber ansonsten so weiter planen und wirtschaften wie bisher - das ist, wie es scheint, eine konsensfähige Variante im Umgang mit dem säkularen demographischen Trend.

Das Projekt erscheint zunächst als vernünftig und pragmatisch. Gegen die Demographie-Befunde - und vor allem gegen die natürliche Bevölkerungsentwicklung - lässt sich ja auch nichts sagen, geschweige denn etwas Entscheidendes ausrichten. Umso mehr politische Vorteile lassen sich aus dem Argumentieren mit vermeintlich ehernen Naturgesetzen ziehen: Es besteht immer und unter allen Umständen akuter Handlungsbedarf, das Unterfangen ist schwierig und der Erfolg ungewiss, und die

jenigen, die zur Bekämpfung des Übels ausziehen, erfahren womöglich einen Prestigezuwachs. Und wenn die Maßnahmen nicht greifen oder etwas schief geht, kann man immer noch sagen, dass gegen derartige Einbrüche eben kein Ankommen sei. Eine fundierte sozialwissenschaftliche Diskursanalyse öffentlicher Debatten zum Thema “Schrumpfung” steht noch aus, dürfte aber interessante Einsichten in die Kunst der rhetorischen Kleinarbeitung gesellschaftlicher Transformationsprobleme (und zwar in West **und** Ost!) liefern.

Polemik beiseite - geht es an die Ursachenanalyse, dann hat das Argumentieren mit demographischen Entwicklungen nur noch eingeschränkte Berechtigung. “Schrumpfung” kann nicht allein als ein Problem der Veränderung demographischer Variablen begriffen werden - weder als eine unmittelbare Folge natürlichen Bevölkerungsrückgangs noch als eine über zirkuläre Prozesse der Abwanderung vermittelte. In ostdeutschen Transformationskontexten lassen sich vielmehr strukturelle Schrumpfungsketten konstruieren, die nicht ausschließlich auf Demographie abheben, etwa: Arbeitsplatzverlust - Abwanderung - Wohnungsleerstand - Abbau sozial-technischer Infrastruktur - daraus resultierender weiterer Arbeitsplatzverlust - weitere Abwanderung usw. Demographische Daten wie Abwanderungsquoten und Wohnungsleerstandsdaten verweisen indirekt auf vorgängige, wenn auch nicht vordergründig in Erscheinung tretende gesellschaftliche Verwerfungen und Abschottungen. Sowohl analytische Konzepte als auch “pro-aktive” bzw. “nachhaltige” Entwicklungskonzepte müssen daher - neben externen Einflüssen - die **alltagskulturellen Dynamiken** des mit “Schrumpfung” umschriebenen Prozesses fortschreitender Peripherisierung mit ins Blickfeld nehmen.

Einige empirische Erfahrungen aus zwei Forschungsprojekten am IRS zu Problemen der Entwicklung der Doppelstadt Guben-Gubin an der deutsch-polnischen Grenze verdeutlichen, in welcher Weise sich die alltagskulturelle Dimension aktueller Schrumpfungsprozesse entfaltet. Zwar stellt die Untersuchungsstadt Guben (d.h. der deutsche Teil der Doppelstadt) hinsichtlich des Peripherisierungsgrades und der Betroffenheit von Schrumpfungsprozessen ein markantes Beispiel dar, in dem die Intensität und Dramatik des Schrumpfungsverlaufs eher noch stärker ausgeprägt sind als in vielen anderen ostdeutschen Städten. Jedoch kommt gerade deshalb an diesem Fall die allgemeine städtische Problemkonstellation unverstellt zum Ausdruck.

Die Stadt Guben (folgende Eckdaten vom Frühjahr 2001: Einwohner 25.009; Abwanderung seit 1989 ca. 8.000; Arbeitslosenquote 21,3 Prozent; Wohnungsleerstand 12,5 Prozent) ist nicht nur durch harte ökonomische Entwicklungsprobleme, sondern auch durch einen auffälligen Kontrast zwischen Lokalpolitik und Lebenswelt gekennzeichnet. Dieser Kontrast zeigt sich allgemein in Bezug auf Fragen der Wirtschaftsentwicklung, im Besonderen aber auch in Fragen des Umgangs mit den nicht zu übersehenden Schrumpfungsprozessen. Während die kommunalpolitische Elite eine ausgesprochen pro-aktive Einstellung zur lokalen Schrumpfungproblematik zeigt, stellen die Akteure an der lokalen Basis im alltagsweltlichen Diskurs die Kompetenz der Stadtverwaltung zur strategischen Problemlösung partiell oder vollständig in Frage. Politische Logik und lebensweltliches Empfinden scheinen hier gerade in Bezug auf ‘Schrumpfungsprozesse’ in einen erheblichen Konflikt geraten zu sein.

Die Positionen sind klar umrissen: a) Die Stadtverwaltung steht dem legitimatorischen Potential des demographischen Diskurses verständlicherweise aufgeschlossen gegenüber. Die Beeinflussung genereller demographischer Trends (hier: Bevölkerungsrückgang) ist einerseits nicht ihr Zuständigkeitsbereich, andererseits lassen sich jedoch die lokalen Auswirkungen dieser Trends mit von oben bereitgestellten politischen Vorgaben und Instrumentarien vermeintlich "steuern".

b) Für den lebensweltlichen Diskurs jedoch bedeutet ein scheinbar kalkulierbares "Gesundshrumpfen" Identitäts- und Sinnverlust. Jeder zusätzliche Abwanderer trägt nicht nur zur planerisch und entwicklungspolitisch relevanten Leerstandsentwicklung bei, sondern verursacht auch einen Verlust von sozialen Beziehungen und vermehrt die Brüche in den lokalen Netzwerken. Die Daheimgebliebenen reagieren mit einem Rückzug in die Privatsphäre. Zivilgesellschaftliches Engagement dünnt aus und wird durch kollektive Resignation ersetzt.

Aus der Analyse dieser kumulativen Entwicklung haben wir folgende Schlussfolgerungen gezogen:

1. Was zunächst lediglich als folgenlose alltagsweltliche Kommentierung demographischen Wandels und seiner politischen Behandlung erscheinen mag, gewinnt binnen kurzem lokalsystemische Strukturierungsmacht. Nicht nur verringertes Humankapital, sondern auch zurückgehendes Engagement an der Bevölkerungsbasis bedeuten einen Verlust an innovativem Potential, das für endogene Entwicklungen nicht mehr zur Verfügung steht. Dieser Verlust wird an der Basis sensibel registriert und in Interviews immer wieder als Überschreiten eines "kritischen Punktes" beschrieben; die Entwicklung sei angesichts des Versagens der Politik schon jetzt unumkehrbar. Die alltagsweltliche Hoffnungslosigkeit steht in maximalem Kontrast zur hoffnungsfrohen Politik des Kurie-

rens an Schrumpfungssymptomen; die Akteure können die Kluft aus eigener Kraft nicht mehr überbrücken und koppeln sich von der etablierten

Entwicklungen, die (allerdings in notwendiger Kombination mit 'externen' Innovationsinputs) der Abwanderung entgegenwirken könnten. Die



Schrumpfung und (un)gewollte? alltagskulturelle Selbstironisierung: leerstehendes Fabrikationsgebäude der ehemaligen "Gubener Wolle"

Politik zusehends ab. Die asymmetrische Interaktionsstruktur, die daraus entstanden ist - hier aktives politisches Funktionssystem, dort passiv-resignative Lebenswelt -, setzt eine Konfliktdynamik in Gang, die nach und nach ihre eigene Logik entfaltet und direkt auf das zu behandelnde Strukturproblem zurückwirkt. Hier wird deutlich, dass es bei der Analyse von Ursachen und Folgen von "Schrumpfung" und Abwanderung nicht allein um die Erfassung quantitativer Daten und um die Manipulation technischer Parameter gehen darf.

2. Deutlich wird auch, dass die verschiedenen Dimensionen von "Sässigkeit" mehr Aufmerksamkeit verdienen. Diese definiert sich nicht nur als Ortsbindung durch Arbeitsplatz und Wohnung, die an jedem beliebigen Ort vergleichsweise schnell wieder erreicht werden könnten. Sie entsteht vielmehr aus vielschichtigen sozialen Bindungen, die durch Lokalgeschichte (und -stolz), lokale soziale Netzwerke und Generationenlagen gehalten werden. Gerade letzteres Element von Sässigkeit erscheint uns aus dem Kontext der Gubener Forschungsperspektive heraus als wichtig für die Freisetzung endogener

Älteren (50-60 Jahre) und Jüngeren (20-25 Jahre), die die Generationenlagen am Eintritt und Austritt aus dem Berufsleben bilden, scheinen nach unseren Beobachtungen am stärksten von der Ausweglosigkeit vor Ort betroffen zu sein. Während die Älteren realistisch und wohl auch pragmatisch genug sind, den sozialstaatlich abgedeckten Status quo für sich zu akzeptieren, ist es die Angst um die Abwanderung der jungen Generation, die immer wieder im Kontext solcher Aussagen wie "Guben ist eine tote Stadt" artikuliert wird. Dies würde u.E. eine gezieltere Fokussierung infrastruktureller und steuerungspolitischer Maßnahmen auf die junge Generation, mit dem (kostenlosen) zusätzlichen Effekt einer generationenübergreifenden Sinnstiftung, rechtfertigen. Allerdings muss auch in Betracht gezogen werden, dass möglicherweise gerade dadurch eine "Mobilitäts- bzw. Optionenfalle" generiert wird, da gerade diejenigen, die in den Vorzug solcher qualifizierender Maßnahmen kommen würden, anschließend verstärkt anderen Regionen zustreben würden.

3. Jede Stadt hat ihre eigene, alltagskulturell eingebettete Entwicklungsdynamik. Unseres Erachtens ist die

Analyse dieser lokalspezifischen Dynamik ein wesentlicher Schlüssel für die Entwicklung realistischer Strategien für einen Stopp der "Schrumpfungsspirale". Für Guben setzt sich diese Dynamik im Moment wesentlich aus folgenden Elementen zusammen: vergleichsweise ausgedünnte Zivilgesellschaft, krisenhafte ökonomische Entwicklung, latente Entfremdung zwischen Politik und Alltagskultur, Grenzlage, überproportionale Medienaufmerksamkeit. Strategien für eine selbsttragende und nachhaltige, selbststeuernde Entwicklung müssten also zunächst die lokale Strukturproblematik in ihrer tendenziellen Richtungsdynamik erfassen, die sich aus dieser Konstellation ergibt. Hier - und nicht in den viel beschworenen übergeordneten demographischen Trends - sind wesentliche Ansätze für eine Umkehrung der Negativspirale zu suchen, die sich u.a. in Abwanderung, aber auch in latenter Verdrossenheit und Lethargie der "Dagebliebenen" äußert. Nur dann haben wirtschaftliche und stadtplanerische Initiativen auch den Resonanzboden für eine "nachhaltige", d.h. zivilgesellschaftlich getragene und lebensweltlich verankerte Stadtentwicklung.

Unter diesen Bedingungen wäre dann Schrumpfung im positiven Sinne lebbar, d.h. mit Perspektiven für eine proaktive Gestaltung sozialer Umwelten im Nahbereich sinnvoll auszufüllen. Als wichtige Voraussetzung dafür wäre zu nennen, dass die Situationswahrnehmungen der Milieus an der Basis und der von ihnen gespeisten zivilgesellschaftlichen Initiativen - so zurückhaltend und leise sie sich bislang auch artikulieren mögen - durch den Diskurs der formell institutionalisierten Lokal- und Regionalpolitik zur Kenntnis genommen werden. Nach unseren bisherigen Beobachtungen gibt es auch hier ein erhebliches innovatives Potential, das allerdings in aller Regel ungenutzt bleibt, da bürokratisierte Strukturen an den Schnittstellen von Politik und "Subpolitik" sowie ein zumindest partiell divergierendes Verständnis von lokaler Demokratie wichtige Kommunikationswege versperren. Dies verweist auf einen weiteren latenten Blockierungspunkt ostdeutscher Stadtentwicklung: die durch mehrschichtige und teilweise konfligierende Geltungsansprüche (z.B. Werteliten vs. Funktionseeliten) erschwerte Artikulation und Koordination der im Prozess

radikaler Transformation "verunsicherten Handlungsinteressen" (K.-D. Keim) innerhalb der lokalen Politikarena.

Insgesamt gesehen lässt sich postulieren, dass die Überwindung lebensweltlicher und zivilgesellschaftlicher "Totpunkte" für eine erste Dämpfung der "Schrumpfungsspirale" ebenso wichtig ist wie stadtplanerische Projekte und politische Steuerungsmaßnahmen. Solange diese alltagsweltlichen Blockierungen "von unten" nicht bearbeitet werden - und zwar sowohl analytisch als auch im politischen Diskurs -, werden Wiederbelebungsversuche "von oben", wie sie in verschiedenen Stadtentwicklungsprogrammen und symbolträchtigen Projekten wie "Eurostadt 2000" oder auch "Stadt 2030" zum Ausdruck kommen, über den Status symbolischer Politik nicht hinauskommen. Für eine (Wieder-)Herstellung befriedigender Lebensverhältnisse in der neuen Mitte eines erweiterten Europa wäre dies allerdings zu wenig.

Hans-Joachim Bürkner und
Jörg Dürrschmidt

Wachsende Dörfer - schrumpfende Städte:

Disparitätenprobleme des Wohnens in ostdeutschen Stadtregionen

Die in Westdeutschland bereits seit den siebziger Jahren diskutierten Suburbanisierungsprozesse des Wohnens und die damit verbundenen Disparitätenprobleme zwischen Kernstadt und Umland erhalten derzeit in den demographisch schrumpfenden Stadtregionen Ostdeutschlands eine besondere verteilungspolitische Brisanz. Denn die wohlstandsbedingten Abwanderungen von Teilen der Mittelschichten in das Umland der Städte werden nicht - wie zeitweise noch in den westdeutschen Städten - durch Zuwanderung anderer Bevölkerungsgruppen ausgeglichen, sondern verschärfen direkt die vorhandene Zentralitätsschwäche vieler ostdeutscher Kernstädte. Besonders betroffen von diesen Disparitäten sind die weitgehend deindustrialisierten und de-

militarisierten Städte Brandenburgs, denen es zwölf Jahre nach der Wende noch nicht gelungen ist, eine tragfähige neue Wirtschaftsbasis zu entwickeln. Wenig belebte Stadtzentren, zunehmende Wohnungsleerstände in Altbauten und Plattensiedlungen, erste Gebäudeabriss und ausgedehnte Stadtbrachen sind die in der Stadtstruktur sichtbaren Folgen eines unbewältigten Strukturwandels.

Verstädterte Landschaften im Stadtumland ...

Am Beispiel des brandenburgischen "Städtekränzes" (dazu zählen die Städte Brandenburg/Havel, Cottbus, Eberswalde, Jüterbog, Luckenwalde und Neuruppin) lässt sich zeigen, dass trotz der demographischen Schrumpfung

ganzer Städte und Stadtregionen dennoch einzelne Umlandgemeinden demographisch und städtebaulich stark wachsen. Während beispielsweise die Stadt Cottbus zwischen 1994 und 1999 insgesamt 11,7 Prozent ihrer Bevölkerung verloren hat, ist die Einwohnerzahl des angrenzenden Amtes Neuhausen/Spree im gleichen Zeitraum um 45,8 Prozent gewachsen. Während die Stadt Frankfurt (Oder) zwischen 1994 und 1999 10,3 Prozent der Bevölkerung verloren hat, ist sie im Amt Schlaubetal, im südlichen Umland der Stadt, um 38,5 Prozent gewachsen (Arbeitsgemeinschaft Regionale Entwicklungszentren des Städtekränzes in Brandenburg - ARGE REZ -: Stadt-Umland-Situation unter der Lupe. Potsdam 2000).

Für die Dynamik der Suburbanisierung erweisen sich vor allem die jeweilige Stadtgröße, die regionale Wirtschafts- bzw. Kaufkraft und die Siedlungsstruktur als wichtige Einflussfaktoren. In kleineren, stärker ländlich geprägten und eher wirtschaftsschwachen REZ-Städten wie Jüterbog (13.900 EW), Luckenwalde (22.600 EW) und Neuruppin (32.600 EW) verlieren auch die Umlandgemeinden - Prognosen zufolge auch in Zukunft - an Bevölkerung. In mittelgroßen Städten wie Brandenburg an der Havel (78.900 EW) und Eberswalde (45.400 EW) wächst etwa eine Hälfte der Umlandgemeinden, während die andere ebenfalls schrumpft. Lediglich in den Stadtregionen der Städte Cottbus (110.800 EW) und Frankfurt (Oder) (73.800 EW), die zugleich einen relativ geringen Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern aufweisen, lässt sich mit Einschränkungen von einem "Speckgürtel" suburbanen Wachstums sprechen.

... Stadtbrachen als 'Landschaft in der Stadt'

Den Neubaugebieten in den Dörfern um die Städte stehen ausgedehnte Stadtbrachen gegenüber. Durch aufgebene Militär-, Gewerbe- und Bahn-



Ein Beispiel für Suburbanisierung: Siedlungserweiterung Hönow am Rand der Großwohnsiedlung Berlin-Hellersdorf

flächen kommt es zu einer unterschiedlich starken "Verlandschaftung" der Stadt: So verfügen nach Angaben der ARGE REZ beispielsweise die beiden Städte Brandenburg/Havel und Eberswalde derzeit über jeweils ca. 200 ha städtebaulich relevante Militär- und Gewerbebrachen (zum Vergleich: Grö-

ße der Kernstadt Brandenburg 86 ha, der Kernstadt Eberswalde 50 ha) und Frankfurt (Oder) über ca. 100 ha (Größe der Kernstadt: 67 ha). Dies reißt Leerräume in die Stadtstruktur, die auf absehbare Zeit nicht durch Nachnutzungen zu füllen sein werden. In einigen ostdeutschen Stadtregionen entsteht eine Siedlungsstruktur, die sich weiter von den planerischen Leitbildern der "kompakten Stadt", des Systems der "Zentralen Orte" und dem Vorrangprinzip der Innenentwicklung entfernt.

Chancen und Grenzen der Gegensteuerung

Führen die "Verstädterung" der Landschaft und die "Verlandschaftung" der Städte in Ostdeutschland zukünftig zu fragmentierten Stadtlandschaften und "Patchwork"-Städten? Die genauere Kenntnis der sozioökonomischen und -kulturellen Ursachen und Motive der Abwanderung aus den Städten ist eine wichtige Bedingung für mögliche planerische Strategien der Gegensteuerung. Am Beispiel der brandenburgischen REZ-Städte wurde nachgewiesen, dass die Zielorte der Wohnsuburbanisierung nicht durch die Minimierung von Baukosten durch die Standorte mit den niedrigsten Bodenpreisen

bestimmt werden, sondern dass in erster Linie landschaftlich attraktive und verkehrlich gut erreichbare Standorte bevorzugt werden (ARGE REZ 2000). Ein Vergleich mit den relativ prosperierenden Städten in Thüringen - wie Erfurt, Weimar und Jena - zeigt, dass trotz Suburbanisierungsprozessen eine

Revitalisierung der Kernstädte möglich ist. Neben den höheren Verteilungsspielräumen des Wachstums werden diese Städte offenbar auch durch eine ausgeprägtere bürgerschaftliche Stadtkultur "zusammengehalten" - ein Aspekt, der weiterer Untersuchungen bedarf.

Als ein Ansatz zur Gegensteuerung werden in vielen ostdeutschen Städten in den letzten Jahren der Bau von Einfamilienhaussiedlungen zur Förderung der Wohneigentumsbildung angeboten, um zumindest Teile der Bevölkerung in den Städten zu halten. Durch den Neubau von Eigenheimsiedlungen werden jedoch zusätzliche Konkurrenzen auf dem Wohnungsmarkt (z.B. zu den Großwohnsiedlungen) geschaffen und damit Leerstände an anderer Stelle forciert. Außerdem besteht aufgrund des Bodenpreises wiederum die Gefahr einer zu starken städtebaulichen Verdichtung, so dass die nachgefragten Wohn- und Gartenqualitäten kaum mehr angeboten werden. Unter den derzeitigen Bedingungen eines strukturellen Überangebotes auf den Wohnungsmärkten und verschärfter Nutzungskonkurrenzen kann eine solche Strategie nur dann erfolgversprechend sein, wenn

- die Lage der Neubaugebiete in der Stadt tatsächlich landschaftlich attraktiv (z.B. Wohnen am Wasser, bevorzugte Randlagen zur Landschaft) und zugleich verkehrlich gut erreichbar ist,
- die angebotene Größe der Häuser und Gartengrundstücke der Struktur der nachfragenden Haushalte entspricht,
- die angebotenen Miet- bzw. Kaufpreise mit denen des Umlandes annähernd konkurrenzfähig sind.

Insgesamt: Strategien der Eigenheimförderung in den Städten weisen erhebliche Zielkonflikte auf und sollten daher im Rahmen integrierter Entwicklungskonzepte entwickelt werden, die derzeit in einigen Städten erarbeitet werden. Andere Gegensteuerungsschritte stehen noch aus, insbesondere fehlt es an Stützungsmaßnahmen für sozio-kulturelle Integration.

Manfred Kühn

Konzepte zur Gestaltung des Strukturwandels auf dem Wohnungsmarkt der neuen Länder

Vor dem Hintergrund dauerhafter Bestandsüberschüsse auf den Wohnungsmärkten in den neuen Bundesländern und der daraus resultierenden massiven Wohnungsleerstände hat sich in den letzten Monaten die Überzeugung durchgesetzt, dass zur Steuerung der notwendigen wohnungspolitischen und städtebaulichen Maßnahmen tragfähige kommunale Stadtentwicklungskonzepte erforderlich sind. Es geht dabei um Ansätze, in denen auf gesamtstädtischer und teilräumlicher Ebene sowohl die wohnungswirtschaftlichen als auch die städtebaulichen Aspekte integriert werden sollen.

Das Ressort-Forschungsprojekt "Integrierte wohnungswirtschaftliche und städtebauliche Konzepte zur Gestaltung des Strukturwandels auf dem Wohnungsmarkt der neuen Länder" des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) hat zum Ziel, praxisorientierte Erkenntnisse darüber zu vermitteln, welche Anforderungen an diese Konzepte gestellt werden können. Zugleich sollen die Erstellung solcher Konzepte und darauf aufbauend die Realisierung der Stadtbaumaßnahmen durch die Dokumentation gelungener Beispiele beschleunigt werden. Mit der Durchführung des Forschungsprojektes wurde das IRS beauftragt; die Realisierung erfolgt in Kooperation mit dem Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) und dem Stadtforscher Dr. Reinhard Aehnelt im Zeitraum von Januar bis Oktober 2001.

Die Bearbeiter haben zunächst die Zielsetzungen sowie die inhaltlichen und formalen Anforderungen an die zu erstellenden Konzepte formuliert. Darauf aufbauend wurde der derzeitige Stand der Erarbeitung von Konzepten in den neuen Bundesländern erhoben und somit eine Auswahlgrundlage für eine vertiefende Dokumentation und Evaluation einzelner Konzepte erarbeitet. Auf dieser Basis wurden insgesamt acht Städte ausgewählt, die hinsichtlich des Inhalts bzw. des Bearbeitungsstandes ihrer Stadtentwicklungskonzepte den Charakter von "Best-Practice-Lösungen" aufweisen.

Die acht ausgewählten Städte sind: Leipzig, Chemnitz, Hoyerswerda und Bautzen in Sachsen, Gera und Leinefelde in Thüringen, Magdeburg in Sachsen-Anhalt und Wittenberge in Brandenburg.

Am 8. Mai 2001 fand in Berlin der Startworkshop zum Forschungsprojekt statt. Ziel dieser Veranstaltung war es, über den Stand der Entwicklung von integrierten Stadtentwicklungskonzepten zu informieren und den Diskussionsprozess zur Konkretisierung der Zielsetzungen sowie der inhaltlichen und formalen Anforderungen, die an die Konzepte zu stellen sind, zu befördern.

Der Workshop richtete sich in erster Linie an die relevanten Akteure, die in den ausgewählten Beispielstädten mit der Erstellung und Umsetzung der Stadtentwicklungskonzepte befasst sind. Angesprochen waren hier sowohl Vertreter der kommunalen Verwaltung als

auch der örtlichen Wohnungsunternehmen. Des Weiteren nahmen Vertreter des BMVBW, des BBR, der Landesministerien, der kommunalen Spitzenverbände und des GdW sowie Mitglieder der ehemaligen Expertenkommission "Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern" an der Veranstaltung teil.

Hartwig Lüers, Abteilungsleiter Wohnungswesen im BMVBW, betonte in seinen einleitenden Worten, dass es sich beim Wohnungsleerstand in den neuen Bundesländern nicht um ein konjunkturelles, sondern um ein strukturelles Problem handle. Der Leerstand gefährde die historisch gewachsenen Stadtstrukturen, aber auch die wirtschaftliche Existenzfähigkeit vieler Wohnungsunternehmen. Daher müssten Stadtplanung und unternehmerisches Handeln in stärkerem Maße als bisher zusammenwirken.

Die Vertreter der acht ausgewählten Städte hatten mit dem Workshop die Gelegenheit, jeweils ihre Ausgangssituation und den derzeitigen Stand bei der Erstellung ihrer integrierten Konzepte vorzutragen. Dabei wurde deutlich, dass gerade die großen Städte (Leipzig, Chemnitz, Magdeburg, Gera) seit mehreren Jahren an solchen Stadtentwicklungskonzepten arbeiten und damit den größeren Erfahrungshintergrund besitzen. Dabei beziehen sich die Probleme des Wohnungsleerstandes in diesen Städten jeweils sowohl auf die Substanz in den Altbaubereichen als auch auf die Großsiedlungen. Im Mittelpunkt stehen daher auf der

gesamtstädtischen Ebene Fragen zu den Prioritäten der künftigen Stadtentwicklung. So unterscheidet beispielsweise der Stadtentwicklungsplan von Leipzig konsolidierte Gebiete, Umgestaltungsgebiete ohne Priorität, Erhaltungsgebiete sowie Umgestaltungsgebiete mit Priorität. Auf der Ebene von Stadtteilentwicklungsplänen werden diese groben Festlegungen dann durch die Definition von gebäudekonkreten Umsetzungsvorschlägen unteretzt.

Bei den kleineren Städten wurden zum einen Städte ausgewählt, die über große Anteile des Wohnungsbestandes in der Altbausubstanz

verfügen (Bautzen, Wittenberge), und zum anderen Städte mit besonderen Problemkonstellationen in den Großwohnsiedlungen (Hoyerswerda, Leinefelde). Beide Stadttypen benötigen offenbar jeweils spezifische Problemlösungsstrategien, die im weiteren Projektverlauf näher zu untersuchen sind.

Bestandteil des Projektes ist die Erstellung eines Modells für die Ermittlung der künftigen Wohnungsnachfrage in den Städten. Dieses Modell wird in erster Linie durch die Projektpartner am IÖR erarbeitet und wurde auf dem Workshop als Zwischenstand vor-

gestellt. Am Beispiel der Stadt Bautzen soll das Modell in den nächsten Monaten weiter konkretisiert und beispielhaft durchgerechnet werden.

Die Ergebnisse der Forschungsarbeit einschließlich der Dokumentation der ausgewerteten Stadtentwicklungskonzepte werden im Herbst dieses Jahres in einer Broschüre veröffentlicht.

Kontakt im IRS über Heike Liebmann, Tel. 03362/793-242, Liebmann@irs-net.de und Christoph Haller, Tel. 03362/793-239, Haller@irs-net.de ■

“Soziale Stadt” zwischen Abriss und Neubeginn

Im Brandenburger Modellgebiet des Bund-Länder-Programms “Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt”, in Cottbus Sachsendorf-Madlow, wurde den Bewohnerinnen und Bewohnern mit einer öffentlichen Veranstaltung am 28. Mai 2001 der Beginn des Vorhabens dieses größten brandenburgischen Plattenbau-Stadtteils vorgestellt. Damit begann die öffentliche Diskussion über eine neue Stufe der Gebietsentwicklung im Sinne einer ressortübergreifenden und integrierten Strategie.

Wolfgang Preibisch vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen betonte die Möglichkeiten des Programms als Instrument der Stabilisierung und Stützung in Zeiten struktureller Umbrüche. Der Vertreter des brandenburgischen Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Klaus Eichler, unterstrich

die Notwendigkeit, im Rahmen des Programms “Soziale Stadt” Debatten über eventuellen Rückbau in enger Abstimmung zwischen allen

typischerweise geringen Steuereinnahmen bestehendes Dilemma wiesen der Gastgeber, Oberbürgermeister Waldemar Kleinschmidt,



Podium der Auftaktveranstaltung “Soziale Stadt” in Cottbus Sachsendorf-Madlow

beteiligten Ressorts der Stadtverwaltung und den Wohnungsunternehmen zu führen. Auf ein gerade in problembehafteten Städten mit

und sein amtierender Baudezernent Hansgeorg Koitzsch hin: Es werde für die Städte und Gemeinden immer schwieriger, Eigenmittel auf-

zubringen, um überhaupt an öffentlichen Förderprogrammen teilnehmen zu können.

Sachsendorf-Madlow lag lange Zeit eher im Windschatten der Cottbusser Stadtentwicklung, doch in den letzten Jahren sind verschiedene, auch für die Öffentlichkeit wirksame Maßnahmen begonnen worden. Wohnhochhäuser im Zentrumsbereich wurden modernisiert, der Stadtplatz soll als Gebietszentrum ein neues Gesicht erhalten. Und dennoch sind die Probleme des Stadtteils unübersehbar. Der Bevölkerungsverlust von 35 Prozent seit 1993 hat zu einem Wohnungsleerstand von 26 Prozent geführt. War das Gebiet früher durch eine sozial durchmischte Bevölkerung charakterisiert, so drohen jetzt zunehmend soziale Polarisierungen. Während besser verdienende Familien wegziehen, gehören die Zuziehenden eher transitorischen und ärmeren Bevölkerungsgruppen an. Die Arbeitslosenrate von 26 Prozent betrifft alle und führt zu Frustrationen. Rechtsradikale Gewalt verunsichert mehr und mehr. Es ist offensichtlich, dass besondere Anstrengungen nötig sind, um dieses Gebiet davor zu bewahren, ins soziale Abseits zu rutschen.

Dass ein umfassender Umbau des Stadtteils in baulicher, sozialstruktureller und wirtschaftlicher Hinsicht notwendig ist, wird von der Mehrheit der Bewohner akzeptiert. Abriss ist kein Tabu mehr, doch zugleich werden Qualitätsverbesserungen erforderlich sein, um den Trend der problematischen Entwicklung zu durchbrechen. Das Programm der "Sozialen Stadt" bietet die Möglichkeit zur Entwick-

lung von Projekten, die unterschiedliche Initiativen bündeln: Verschiedene "Förderstränge" der Stadt- und der sozialen Entwicklung, auch die Einbeziehung der privaten Wirtschaft und der Bewohner, werden Voraussetzungen dafür bieten, an den Problemen flexibel zu arbeiten und Perspektiven zu entwickeln.

Das Interesse der Bewohner an der Zukunft des Stadtteils ist groß und ihre Sicht bekam auf der Veranstaltung besonderes Gewicht. Drei Gruppen aus der Bewohnerschaft stellten Ideen und Projekte dar. Die Jugendinitiative "Fragezeichen" konnte sich nach der Erläuterung ihres Projektes zur selbstbestimmten Jugendarbeit über konkrete Raumangebote von anwesenden Wohnungsunternehmen und Gemeinwesenträgern freuen. Von Schülern der 8. Gesamtschule wurde mit einem Rollenspiel ihr laufendes Projekt zur "Streitschlichtung" anschaulich gemacht, und Frauen aus dem "Seniorenzentrum Herbstfreude" konnten anhand eines Dia-Spazierganges durch den Stadtteil ihre Ansprüche an ein alten- und bewohnerfreundliches Quartier demonstrieren.

Zwar fließen über das Programm der "Sozialen Stadt" seit Ende 1999 Fördermittel in den Stadtteil, aber nur wenige Informationen darüber konnten bisher in das öffentliche Bewusstsein der Bewohner dringen. Der über die "Soziale Stadt" geförderte Umbau einer Kita zu einem sozio-kulturellen Zentrum wird in der Wahrnehmung überlagert von den Debatten über die geplanten Abrisse in der Großsiedlung. Wie auf vorangegangenen Bürgerversammlungen äußer-

ten viele Bewohner deutlich ihre Unzufriedenheit. Sie wollen sich mit konkreten Plänen für ihre Wohnumgebung auseinandersetzen. Für viele stellt sich die Frage: Lohnt sich das Engagement für das Gebiet oder wird die eigene Wohnung bald abgerissen, soll man wegziehen?

Gerade von denen, die gerne bleiben würden, wurden Informationen auf der Ebene von Nachbarschaften eingeklagt und das ständige Abschieben von Verantwortung kritisiert. Deutlich wurde, dass von der Stadt, den Wohnungsunternehmen und den Planern Flexibilität und Offenheit als Voraussetzung dafür gefordert wurden, weiter "mitzumachen". Aber es ging nicht nur um Abriss: Die Bemerkung, alle Initiativen hätten keinen Zweck, solange man nicht an das Thema Arbeitslosigkeit heranginge, wurde als Aufforderung verstanden, sich durch gezielte Kooperation der lokalen und regionalen Akteure mit Chancen für Arbeitsplätze und Einkommensstrategien zu befassen. Die Veranstaltung machte deutlich, dass die "Soziale Stadt" in ostdeutschen Stadtteilen mit strukturellem Wohnungsleerstand dieses zentrale Problem begreifen muss und dass die ressortübergreifende Kooperation der städtischen Verwaltung und der Wohnungsunternehmen mit der lokalen Zivilgesellschaft - den Bürgern und ihren Vereinen und Organisationen - erforderlich ist, um den Gebieten eine Perspektive zu geben. Der integrative Charakter des Programms "Soziale Stadt" bietet dafür eine Chance, die nun angenommen werden muss.

Kerstin Jahnke und
Thomas Knorr-Siedow

Interreg IIC-Projekt

“Große Neubaugebiete in Ostmitteleuropa” abgeschlossen

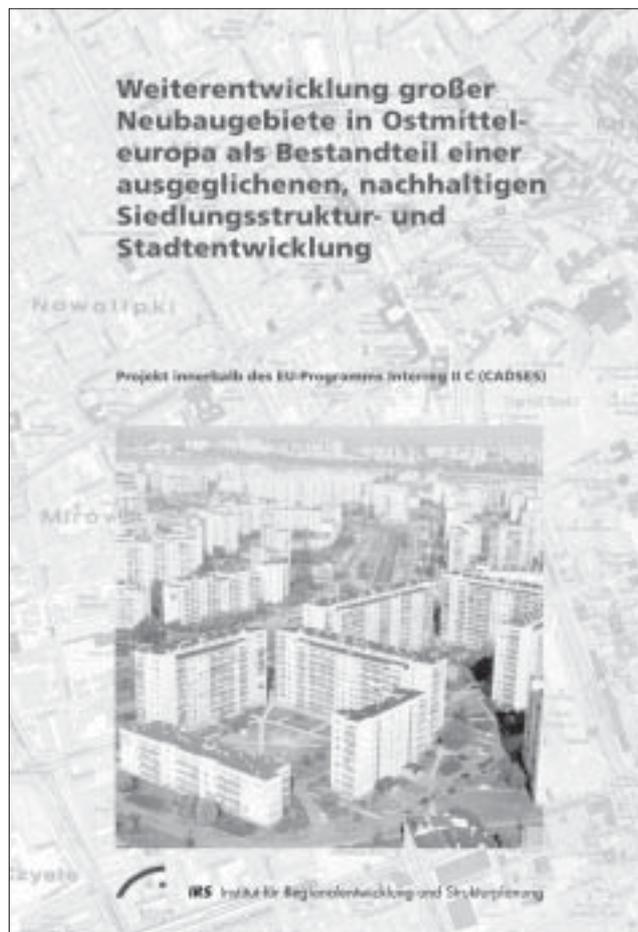
Das Interreg IIC Projekt “Weiterentwicklung großer Neubaugebiete in Ostmitteleuropa als Bestandteil einer ausgeglichenen, nachhaltigen Siedlungsstruktur- und Stadtentwicklung”, das vom IRS federführend bearbeitet und koordiniert wurde, ist nach zweijähriger Bearbeitungszeit im Frühjahr 2001 abgeschlossen worden. Beteiligt waren neben Deutschland Projektpartner aus sechs mittel- und osteuropäischen Ländern. Der geographische Raum, in dem es angesiedelt war, umfasst die Länder Deutschland, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien.

Im Zuge der transnationalen Zusammenarbeit wurden vergleichende Analysen der gegenwärtigen städtebaulichen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Situation in ausgewählten Siedlungen vorgenommen, die jeweiligen nationalen Rahmenbedingungen, insbesondere hinsichtlich der Stadt- und Wohnungspolitik, untersucht und gemeinsame Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch und zur Konzipierung von Strategien und Programmen durchgeführt. Der gewählte Untersuchungsansatz basierte auf der Annahme, dass eine intelligente, differenzierte und breit getragene Weiterentwicklung der Großsiedlungen zur Stabilisierung der stadtreionalen Verhältnisse beitragen kann. Im Ergebnis des Projektes wurden Empfehlungen

zum künftigen Umgang mit den Wohnsiedlungen erarbeitet, die sich sowohl an die ostmitteleuropäischen Länder insgesamt als auch an die einzelnen Städte und Stadtbezirke richten.

In diesem Zusammenhang wurde insbesondere herausgestellt, dass es

- die Entwicklung und Institutionalisierung von tragfähigen Managementstrukturen in der Wohnungswirtschaft,
- die Erarbeitung von Finanzierungsmodellen sowie
- den Aufbau von Gemeinwesenstrukturen und Beteiligungsmodellen für die Bewohner.



Resümee: Für die Perspektive der Großsiedlungen, die heute Wohn- und Lebensort großer Bevölkerungsteile in Ostmitteleuropa sind, wird es unterschiedliche Entwicklungspfade geben. Sie variieren nach Strukturtyp, regionaler Einordnung und sozio-ökonomischer Charakteristik der Gebiete einerseits und dem Handeln der örtlichen, regionalen und staatlichen Akteure andererseits. Wenn nicht mit konkreten Maßnahmen auf die aktuellen Problemlagen reagiert wird, sind viele Großsiedlungen in Ostmitteleuropa in den nächsten Jahren in ihrer Substanz grundsätzlich gefährdet.

für die langfristige Weiterentwicklung der Großsiedlungen notwendig ist, einige grundlegende Voraussetzungen zu schaffen:

- die Erstellung von integrierten Handlungskonzepten und die Schaffung von geeigneten Akteurskonstellationen, um diese Konzepte umzusetzen,

Zum Abschluss des Projektes ist eine vom IRS herausgegebene, deutsch- und englischsprachige Publikation erschienen, die über das IRS bezogen werden kann.

Weiterführende Informationen über: Heike Liebmann, Tel.: 03362/793-242, Liebmann@irs-net.de

Baltic Bridge

Erfolgreiche Bilanz der transnationalen Zusammenarbeit im Ostseeraum

“Baltic Bridge” heißt ein transnationales Strukturentwicklungskonzept für den Handlungsraum zwischen Berlin-Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, dem schwedischen Schonen (Skåne) und der polnischen Wojewodschaft Zachodniopomorskie. Nach knapp zweijähriger Laufzeit endete am 6. Juni 2001 dieses internationale Kooperationsprojekt mit einem Abschlussworkshop in Berlin. Seit Bewilligung der Förderung aus dem EU-Programm Interreg II C für den Ostseeraum haben die sieben Partner, darunter Regionalverwaltungen, Kommunen und Kommunalverbände aus den drei Ländern, eine Vielzahl von gemeinsamen Themen der räumlichen Entwicklung aufgegriffen und diskutiert. An der Zusammenarbeit in den vier Handlungsfeldern Regionalmanagement, Städtenetze, Verbesserung von Verkehrs- und Kommunikationsbeziehungen sowie nachhaltige Entwicklung von strukturschwachen ländlichen Regionen waren mehr als achtzig Akteure direkt beteiligt.

Den Konferenzteilnehmern lag eine Resolution der 22 Städte des “City

Network Baltic Bridge” vor, wonach die Zusammenarbeit mit einer gemeinsamen Antragstellung im Rahmen von Interreg III fortgesetzt werden soll. Weitere Ergebnisse wurden in Form von Machbarkeitsstudien und Maßnahmekatalogen vorgestellt. Sie enthalten Entwicklungsansätze für die peripheren strukturschwachen Räume in den Bereichen Tourismus und Verkehr und stellen eine Grundlage für künftige Investitionen dar. Die Zusammenarbeit der brandenburgischen Städte Angermünde, Bernau, Eberswalde, Prenzlau und Schwedt konnte sowohl über die Oder nach Polen als auch über die Ostsee nach Schweden ausgedehnt werden.

Aus Sicht der Raumforschung ist vor allem bemerkenswert, dass mit dem Projekt “Baltic Bridge” eine Plattform geschaffen wurde, die den lokalen und regionalen Akteuren trotz evidenter Asymmetrien hinsichtlich des historischen Planungsverständnisses, der administrativen Verantwortungsbereiche und der finanziellen Spielräume die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an gemein-

sam definierten konkreten Themen ermöglichte. Damit unterscheidet sich “Baltic Bridge” von anderen Interreg-Projekten, bei denen eher der Erfahrungsaustausch zu ähnlich gelagerten Entwicklungsvorhaben im Vordergrund stand.

Das IRS hat diesen Kooperationsansatz seit 1997 beratend begleitet und im Rahmen einer Fallstudie zum Forschungsprojekt 1.18 “Grenzübergreifende Regionalisierung: Möglichkeiten politikergänzender Kooperationsformen im deutsch-polnischen Grenzraum” ausgewertet. Darüber hinaus wurde in der Schlussphase des Baltic Bridge-Projekts eine Studie erarbeitet, die auf der Basis von Primärerhebungen und einer Prozessbewertung Empfehlungen zur künftigen Zusammenarbeit in diesem trinationalen Raum entwickelte. Die Studie in deutscher und englischer Sprache ist auf Anfrage über die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin/Brandenburg (GL) (Tel. 0331/866-7620) erhältlich.

Andreas Uhrlau und
Michael Arndt

Visionen

- ein neues informelles Instrument für eine zukunftsfähige Planung?

In Wirtschaft und Politik wird der Begriff ‘Vision’ schon seit längerer Zeit im Zusammenhang mit der Diskussion zukünftiger Entwicklungsmöglichkeiten benutzt. Seit Mitte der neunziger Jahre findet er auch in der deutschen Raum- und Verkehrsplanung Berücksichtigung.

Derzeit werden Visionen vor allem mit Planungsleitbildern und Entwicklungskonzeptionen in Verbindung gebracht. Dies liegt an der Einsicht, dass

Planung aus einer Vielzahl von Einzelprojekten besteht, die einer ganzheitlichen Sicht auf die Siedlungs-, Stadt- und Verkehrsentwicklung entbehrt. Das Vorausdenken über Visionen kann auch als ein Eingeständnis dafür gesehen werden, dass ein genaues mathematisches ‘Forecasting’ sich in der Planung nur selten bewährt hat (siehe in diesem Zusammenhang auch die Erkenntnisse postmoderner Planungsansätze). Dabei kann jedoch noch nicht von einem einheitlichen

Verständnis des Begriffs gesprochen werden. Auch sind Visionen in Deutschland als ‘Planungsinstrumente’ bislang, anders als etwa in den Niederlanden, nur vereinzelt in Erscheinung getreten. Insbesondere in neueren Forschungsvorhaben wird der Begriff jedoch verstärkt verwendet, so wie beim Forschungsprojekt “Stadt2030” des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Dabei zielt der Terminus in seiner ursprünglichen Form auf die Erstellung

von Raumkonzepten mit einem ganzheitlich integrativen Charakter ab ('Zukunftskonzepte visionären Charakters'). Niederländische Planungsvisionen (*visies*), die im größeren Umfang seit Anfang der 1990er Jahre durchgeführt werden, haben für das deutsche Visionsverständnis Pate gestanden.

Planungsvisionen in den Niederlanden

Die Inhalte von niederländischen Raumvisionen sollen hier im Folgenden kurz zusammengefasst und vorgestellt werden.

Die Ausführungen basieren auf den Ergebnissen eines Praktikumsberichts, der im Herbst 2000 am IRS erstellt wurde und fünf Räume betrachtete: Rotterdam, Noord-Holland, Enschede, Leidsche Rijn und Hilversum. Die nebenstehende Abbildung zeigt die gegenwärtige Stellung von Visionen innerhalb des niederländischen Raumordnungssystems.

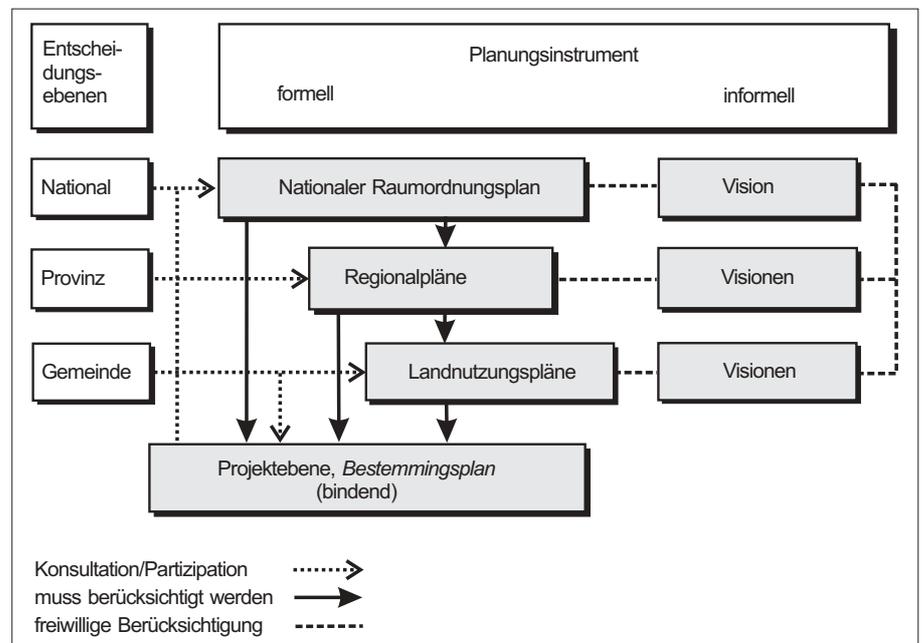
Alle untersuchten niederländischen Visionen verfolgen einen intersektoralen Ansatz und stellen den Versuch dar, in einem komplexer werdenden Planungsumfeld den Blick 'aufs Ganze' zu ermöglichen. Der Gesamtzusammenhang der verschiedenen Entscheidungsmöglichkeiten wird deutlich gemacht und unter Beteiligung der Öffentlichkeit diskutiert. Dadurch wird es möglich, wie in der Vision Rotterdam ausgedrückt, ein 'scharfes Auge für den Zusammenhang der Dinge zu entwickeln'. Visionen sind partizipatorische Prozesse, die als Ergebnis ein oder verschiedene mögliche 'Leitbilder' für eine zukünftige Entwicklung formulieren. Generell werden die niederländischen Visionen für einen längeren Entscheidungszeitraum konzipiert als bei traditionellen Planungsinstrumenten üblich. Er beträgt meist zehn bis dreißig Jahre, bei Bedarf besteht jederzeit die Möglichkeit von Veränderungen. Bei der Ausarbeitung von Visionen wird versucht, zukünftige Trends darzustellen, die

Globalisierungsszenarien, zunehmende Mobilität und eine älter werdende Bevölkerung berücksichtigen. Visionen sind Hilfsmittel für die Politik, für die sie Chancen und Risiken zukünftiger Entwicklungen und die potentiellen Wirkungen auf die verschiedenen Nachhaltigkeitsaspekte aufzeigen.

Auswirkungen auf das deutsche Planungssystem

Insbesondere vor dem Hintergrund neuerer Erfahrungen zur Gestaltung von Planungsprozessen (Stichwort "veränderte Planungskultur") sowie unter der Prämisse einer nachhaltigen Entwicklung scheinen Visionen auch in Deutschland geeignet, zukünftigen (Planungs-) Herausforderungen bes-

An dieser Stelle ist festzustellen, dass es in Deutschland bereits Mitte der neunziger Jahre einige Beispiele mit Ansätzen einer 'Visionenentwicklung' in der Verkehrsplanung gab. Während dabei verschiedene Szenarios hinsichtlich des Erreichens bestimmter Ziele unter Berücksichtigung der gesamten Palette möglicher Maßnahmen (also auch fiskale und ökonomische Aspekte und intermodale Belange) miteinander verglichen wurden, fand eine Öffentlichkeitsbeteiligung nicht statt. Beispiele sind die ursprünglichen Ideen zum Verkehrsentwicklungsplan Hamburg, dem Stadtentwicklungsplan (StEP) Verkehr Berlin und der Verkehrsentwicklungskonzeption Brandenburg. Derzeit ist jedoch unklar, was aus



Raumplanung in den Niederlanden

ser begegnen zu können. Die derzeit formal angewendeten, eher 'technokratischen' Planungsansätze sind dafür kaum ausreichend. Der Entstehungsprozess einer Vision erlaubt insbesondere aufgrund des zeitlichen Horizonts eine weitgehende Distanzierung des Betrachters von aktuellen Belangen. Die Erstellung von Visionen bietet sich gut für Regionen und Städte an, die sich vor oder in einer tief greifenden Transformationsphase befinden. Visionen könnten somit vor allem in Ostdeutschland eine wichtige Rolle spielen.

diesen Ansätzen geworden ist, und eine Abkehr von der ursprünglichen "Visionsidee" scheint teilweise stattgefunden zu haben, hin zur Darstellung von konkreten Projekten. Vor dem Hintergrund derzeit wieder verstärkt stattfindender Aktivitäten zur Erstellung von lokalen "Agenden 21" sollte jedoch über eine Wiederbelebung der ursprünglichen Visionsidee sowie über eine mögliche Verknüpfung beider Instrumente nachgedacht werden.

Thomas B. Fischer und
Anja Farke

20. Konferenz der Internationalen Gesellschaft für Folgenprüfungen (IAIA) in Cartagena, Kolumbien

Vom 28. Mai bis 1. Juni 2001 fand zum 20. Mal die Konferenz der Internationalen Gesellschaft für Folgenprüfungen (International Association for Impact Assessment-IAIA) statt. Das diesjährige Treffen im kolumbianischen Cartagena stand dabei unter dem Motto "Folgenprüfungen im urbanen Kontext". 400 Teilnehmer aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Forschung aus 54 Ländern diskutierten in 24 Workshops und anhand von 80 Vorträgen über die internationale Pra-

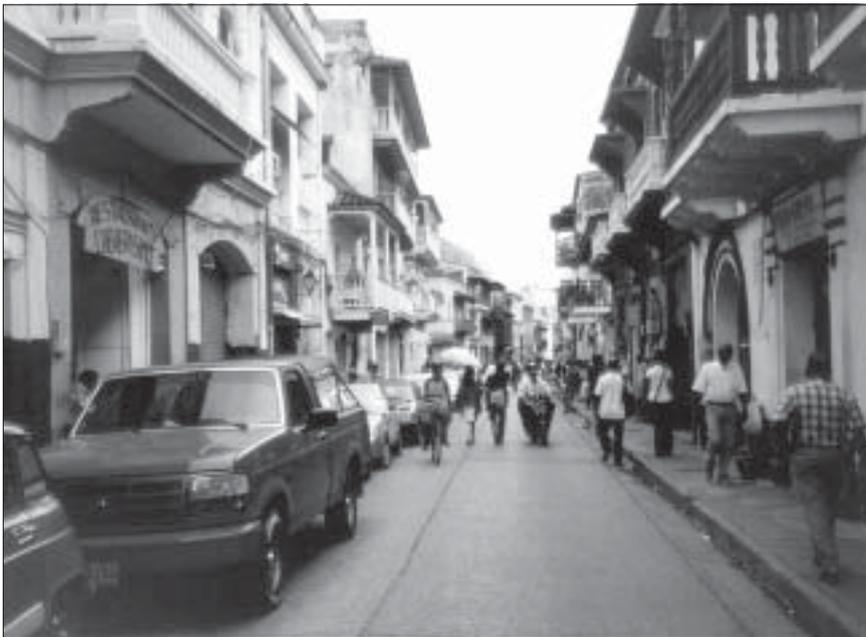
der strategischen Umweltprüfung und integrierten Nachhaltigkeitsprüfung, der Folgenprüfung zum globalen Handel, Öffentlichkeitsbeteiligung in Planverfahren sowie der Rolle der Wissensgesellschaft in der Folgenprüfung.

Als einziger deutscher Vertreter referierte IRS-Mitarbeiter Thomas B. Fischer zu den Themenbereichen 'Planungsstufen in der Verkehrsplanung' und 'Aspekte einer Integration sozialer, ökonomischer und ökologischer Aspekte in der Raumpla-

wichtigen Trends im Bereich der Folgenprüfung bestimmt. Insbesondere scheinen soziale, ökonomische, ökologische, Gesundheits- und Kulturaspekte sowie eine bessere und früher ansetzende Öffentlichkeitsbeteiligung besser integriert zu werden. Als besonders wichtig wurde ein besseres Verständnis der tatsächlich stattfindenden Entwicklungen im Bereich sozialer und ökonomischer Folgenprüfungen benannt. Sich derzeit dynamisch entwickelnde Themenkomplexe beinhalten 'Nachhaltigkeit im urbanen Kontext', 'Handel und Umwelt', 'Wirtschaftsunternehmen und Biodiversität', 'Corporate Environmental Management' und 'Management von Wissen'.

Der intensive internationale Erfahrungsaustausch verschaffte einen bedeutenden Wissenszuwachs in den verschiedenen Bereichen der Folgen- bzw. Verträglichkeitsprüfung, welcher die Grundlage für die im nächsten Jahr in Den Haag stattfindende Folgekonferenz bilden wird. Diese wird unter dem Motto 'Folgenprüfung für eine informierte Entscheidungsfindung' stehen. Weitere Informationen sind unter der Homepage der IAIA unter www.iaia.org erhältlich.

Thomas B. Fischer ■



Cartagena/Kolumbien

xis der Raum- und Verkehrsplanung. Hierzu gehören auch Fragen der in Deutschland bisher nur unzureichend berücksichtigten sozialen Folgenprüfung (Social Impact Assessment), der Umweltverträglichkeitsprüfung,

nung in Deutschland' am Beispiel der Flächennutzungspläne und dem Landschaftsplan Ketzin im Land Brandenburg.

Im Ergebnis der Konferenz wurden die sich derzeit abzeichnenden

Interview

„Der Staat kann mit Forschungsvorhaben auch Strukturpolitik betreiben“

Er war Spitzenmanager eines Industriekonzerms und Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Am 1. Juli rückte er an die Spitze der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, der auch das IRS angehört: Hans-Olaf Henkel spricht für IRS aktuell in einem Interview mit Frank Stäudner über die Gründe für einen ungewöhnlichen Schritt.

Einen Industriemanager an der Spitze einer Forschungsorganisation hat es mit Carl Bosch in Deutschland erst ein einziges Mal gegeben. Was reizt Sie an der Aufgabe?

Henkel: Ich habe mich schon seit vielen Jahren für Forschungs- und Bildungspolitik interessiert und engagiert. Das habe ich als Chef der IBM hier in Deutschland gemacht und später dann, weil es zum Amt gehörte, als Präsident des BDI. Als das Präsidium der Leibniz-Gemeinschaft sagte, dass ich doch ein guter Kandidat für die Wahl des neuen Präsidenten sei, hat mich das sehr überrascht. Aber ich habe überlegt und mich dann entschieden, das Angebot anzunehmen, weil ich glaube, dass ich mit diesem Amt einen geeigneten Hebel in der Hand habe, um für die Wissenschaft etwas zu bewegen.

Sie werden also über die Leibniz-Gemeinschaft hinaus wirken?

Henkel: Na ja, zunächst bin ich, fühle ich mich und werde ich verantwortlich sein für die Interessen der 78 Institute, die in der Leibniz-Gemeinschaft vereint sind. Das ist meine Aufgabe, und dafür wurde ich gewählt. Aber einer der Gründe, warum ich dieses Amt übernommen habe, ist - und ich habe darüber Einvernehmen

mit dem Präsidium erzielt -, dass ich mich daneben als Anwalt der Interessen der deutschen Wissenschaft mel-



Seit 1. Juli an der Spitze der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz: Hans-Olaf Henkel

den möchte. Mir ist in den letzten Jahren aufgefallen, dass es genug Anwälte für alles Mögliche gibt: für soziale Gerechtigkeit, für die Arbeitslosen, für die Gewerkschaften, für die Industrie, für die Banken und Versicherungen, für die Professoren. Für die Wissenschaft im Allgemeinen gibt es auch welche, aber sie halten sich immer so merkwürdig vornehm zurück. Eines habe ich gelernt: Wenn man etwas bewegen will, dann muss man sich sowohl der Tonlage als auch der Tonart, manchmal auch der Sprache der Politiker bedienen. Und das habe ich vor.

Sie haben also keine Angst anzuecken?

Henkel: Anecken darf kein Selbstzweck sein. Aber für eine gute Sache, und das ist ja wohl die Wissenschaft, wird sich das schon lohnen.

Was haben Sie sich für die ersten Monate Ihrer Tätigkeit vorgenommen?

Henkel: Es wäre vermessen, das jetzt schon im Detail sagen zu wollen. Ich muss die Leibniz-Institute und die Organisation erst besser kennen lernen. Sicher brauche ich eine relativ lange Lernphase. Es gibt aber Dinge, von denen ich jetzt schon weiß, dass ich sie nicht tun werde. Ein Präsident, der die Institute mit straffer zentraler Hand zu führen versucht, werde und will ich nicht sein. Ich glaube, dass es gerade die Stärke und den Charme dieser Gemeinschaft ausmacht, dass ihre Institute relativ unabhängig von zentralen Vorgaben arbeiten können. Darin steckt eine Menge Potential an Kreativität.

Sie schreiben in Ihrem Buch „Die Macht der Freiheit“, dass staatliche Forschungsförderung unverzichtbar sei. Ist das für einen Verfechter des freien Marktes und Gegner staatlicher Eingriffe nicht eine überraschende Haltung?

Henkel: Finde ich nicht. Sie werden von einem Wirtschaftsführer an der Spitze eines Unternehmens niemals eine wirklich langfristige Perspektive bekommen. Selbst die ausgewiesenen Strategen unter uns denken nicht länger als fünf Jahre voraus. Deshalb ist es eine wichtige Aufgabe des Staates, für langfristige Forschung Mittel bereitzustellen. Dies ist auch in der Industrie unumstritten und selbstverständlich auch bei mir.

Die Finanzzuwächse der Leibniz-Institute bleiben im Mittel seit Jahren hinter den Vergleichswerten der anderen Forschungsorganisationen zurück. Gerade finanzschwache ostdeutsche Bundesländer tun sich mit ihren Verpflichtungen oftmals schwer. Sollte der Bund den ostdeutschen Leibniz-Instituten extra unter die Arme greifen?

Henkel: Es wäre verfrüht, darauf zu antworten. Entsprechende Ideen müssen zuerst in den Gremien diskutiert werden. Auch möchte ich nicht, dass unsere Ansprechpartner im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Frau Bulmahn und die Herren Thomas und Catenhusen, mal eben aus den Medien mit den Forderungen des Herrn Henkel konfrontiert werden. Das wurden Sie schon genug in meiner alten Funktion. Aber ich glaube schon, dass es eine Aufgabe von uns allen ist, und insbesondere des Bundes und der Länder, sich dar-

über Gedanken zu machen, was man für den Osten tun kann. Ich bin im Aufbauprozess des Ostens von Anfang an dabei gewesen, und mir ist eines klar: Es kann nicht einfach so weiter gehen. Wir müssen aufhören, uns mit den Symptomen der Arbeitslosigkeit zu befassen, wir müssen beginnen, an den Ursachen etwas zu ändern. Wir wissen, dass um Forschungszentren herum viele neue mittelständische Existenzen und neue Arbeitsplätze entstehen können. Das lernen wir beispielsweise beim Blick auf Dresden oder auf manche Helm-

holtz-Zentren im Westen. Ich glaube, dass der Staat mit Forschungsvorhaben, die er zum dauerhaften Erhalt der technologischen Leistungsfähigkeit sowieso machen muss, auch Strukturpolitik betreiben kann - gerade zugunsten des Ostens. Wir brauchen zusätzliche Investitionen in der Forschung im Osten. Viele Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft oder auch neu zu gründende Institute bieten sich dazu geradezu an.

Herr Henkel, vielen Dank für das Gespräch. ■

Rezension

Steuerungsdefizite im Umweltrecht. Ursachen unter besonderer Berücksichtigung des Naturschutzrechts und der Grundrechte. Zugleich zur Relevanz religiösen Säkularisats im öffentlichen Recht.

Felix Ekardt: Sinzheim: Pro Universitate Verlag, 2001. - 572 Seiten, Preis: 109,- DM

Steuerungsdefizite staatlicher Umweltpolitik sind der Untersuchungsgegenstand der Dissertation von Felix Ekardt, die kürzlich im Pro Universitate Verlag erschienen ist. Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist die Tatsache, dass trotz partieller Erfolge der Umweltpolitik in den letzten 30 Jahren die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen - zumindest im globalen Maßstab - eher zugenommen hat. Offensichtlich haben die bisherigen rechtlichen und politischen Steuerungsinstrumente nur teilweise dazu beitragen können, Gefährdungen des „kollektiven Guts“ Umwelt zu verhindern. Zur Erklärung der Steuerungsdefizite wählt der Autor einen interdisziplinären Zugang, der sich auf juristische, sozialwissenschaftliche, ökonomische und religionswissenschaftliche Fragestellungen stützt: Ansatzpunkt von Ekardt ist es, den Umgang mit kollektiven Gütern durch Rückgriff auf die fundamentalen Werte einer Gesellschaft zu erklären. Die Steuerungsdefizite der Umweltpolitik sind also nicht allein darauf zurückzuführen, dass der Staat nicht gegen ökonomische Interessen handeln kann oder will. Vielmehr - so das Resümee von Ekardt - sind es auch kulturelle Aspekte, die dazu führen, dass bei staatlichen Akteuren (genauso

wie bei vielen Bürgern) die Motivation zur Implementation effektiver Steuerungsmaßnahmen fehlt. Anders formuliert: Nicht nur gegenwärtige wirtschaftliche Konstellationen, sondern auch die in den letzten Jahrhunderten eingeschlagenen kulturellen Entwicklungspfade prägen das Verhältnis zwischen Mensch und Umwelt.

Ekardt knüpft an die These von Max Weber zum Zusammenhang zwischen Protestantismus und Kapitalismus an, entwickelt diese aber weiter: Nicht nur für die Entstehung des Kapitalismus, sondern auch für das heutige Verhältnis zwischen Wirtschaft und Umwelt seien die protestantischen Werte prägend. Nach Ekardt lassen sich ökonomische Ziele wie Wachstum und Fortschritt nicht nur materiell begründen, sondern auch kulturgeschichtlich: Das calvinistische Ziel der Mehrung wirtschaftlicher Güter sei trotz Säkularisierung für die Mehrzahl der Menschen von Relevanz - und zwar losgelöst vom konkreten Nutzen, den die angehäuften Güter mit sich bringen.

Nach der grundlegenden Analyse des kulturgeschichtlichen Hintergrunds der Steuerungsdefizite werden verschiedene Regelungs- und Vollzugsebenen untersucht. Der Autor fragt, wie sich die fehlende Motivation in konkreten poli-

tischen und rechtlichen Regelsystemen niederschlägt. Ziel dieser Analyse ist es, aufbauend auf den konstatierten Steuerungsdefiziten bei kollektiven Gütern, Regelungsoptionen für eine effektivere Steuerung vorzuschlagen. Der gewählte Ansatz sieht sich dabei dem Problem ausgesetzt, dass die als Ursache der Steuerungsdefizite festgestellten protestantischen Grundwerte nicht kurzfristig änderbar sind. Als Konsequenz aus der kulturellen Begründung der Steuerungsdefizite folgt aber, dass für ein ökologisches Umsteuern neben ökonomischen Anreizsetzungen auch eine verstärkte Motivationsveränderung (von politischen Akteuren und Bevölkerung) erforderlich ist. Zu Deutsch: Es muss mehr Werbung für den Wertewandel gemacht werden.

Die Arbeit von Felix Ekardt zeigt, wie durch interdisziplinäre Erklärungsansätze ein Beitrag zur Verringerung staatlicher Steuerungsdefizite geleistet werden kann. Sie bietet sowohl für Wissenschaftler als auch für Praktiker interessante Ansatzpunkte und wurde mit dem Lennart-Bernadotte-Preis für Landespflege 2000 ausgezeichnet.

Georg Dybe ■

Kurz notiert

Parlamentarisches Arbeitsgespräch

Am 28. März 2001 fand in Berlin zwischen Mitgliedern des Bundestagsausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und Mitgliedern der Akademie für Raumforschung und Landesplanung unter Leitung des Präsidenten der Akademie, Dr. Ernst-Hasso Ritter, ein parlamentarisches Arbeitsgespräch statt. Die Teilnehmer behandelten Probleme der Stadt-Umland-Entwicklung, neue Betriebsformen und ein sich veränderndes Verbraucherverhalten, das zu neuen desintegrierten Siedlungsformen außerhalb der Städte führt. Hans Joachim Kujath (IRS) leitete die Diskussion mit einem Referat zu neuen Formen der Raumnutzung durch Distributions- und Logistikeinrichtungen ein. Er wies insbesondere auf die veränderte Rolle von Grenzregionen als Logistikstandorte und des Luftfrachtverkehrs hin. ■

Deutsch-mexikanisches Seminar in Zacatecas

Vom 4. bis 6. April 2001 veranstalteten das IRS, das Instituto de Estudios Regionales Económicos (Guadalajara) und die Universität von Zacatecas ein regionalpolitisches Seminar. Diese Veranstaltung, die vierte einer Serie von deutsch-mexikanischen Begegnungen, thematisierte Prozesse der Regionalisierung in Deutschland und Mexiko unter Bedingungen weitreichender wirtschaftlicher und politischer Transformationen. Das Seminar fand im kolonialen Zacatecas - einst bedeutende Münzstätte und Silbermine des spanischen Weltreiches - statt. Die dramatische Situation im gleichnamigen mexikanischen Bundesstaat verdeutlicht, welche Herausforderungen mit der Suche nach einer neuen regionalen Handlungsfähigkeit verbunden sind. Wie Rodolfo Zamora, Professor an der Universität von Zacatecas

konstatierte, leidet der Bundesstaat unter den Folgen einer Jahrzehnte währenden Massenabwanderung und einer einseitigen Abhängigkeit von Transferleistungen aus den USA. Um der absoluten sozialen Polarisierung und Entleerung des ländlichen Raums in Zacatecas entgegenzuwirken, müssen Städte und Gemeinden ein neues Bewusstsein als aktive Gestalter der wirtschaftlichen und politischen Zukunft des Bundesstaates entwickeln.

Die Frage der regionalen Handlungsfähigkeit und der Voraussetzungen, die



Teilnehmer des deutsch-mexikanischen Seminars in Zacatecas

hierfür notwendig sind, standen im Mittelpunkt der bilateralen Diskussionen. Außer den Beiträgen zu Zacatecas wurden im Rahmen der Veranstaltung Fallbeispiele der Regionalisierung im mexikanischen Jalisco und in Ostdeutschland dargestellt. Interpretiert wurden sie anhand von Thesen über die Rolle der Globalisierung (als europäische und nordamerikanische wirtschaftliche Integration), des Staates, der Kommunen und der zivilen Gesellschaft bei der Schaffung einer "institutional capacity".

Der Forschungsaustausch zu diesen Themen wird fortgesetzt. ■

Kommunale Wasserwirtschaft und EU

In Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierte das IRS zwei sehr gut besuchte kommunalpolitische Fachtagungen zu den anstehenden institutionellen Veränderungen in der Wasserwirtschaft und deren Auswirkungen auf die Kommunen. Am 9. April in Magdeburg stand die EU-Wasserrahmenrichtlinie im Mittelpunkt des Interesses. Neben Thomas Weith vom IRS referierten u.a. der Minister für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt (MRLU) des Landes Sachsen-Anhalt Konrad Keller, die Bundestagsabgeordnete Marlene Rupprecht sowie der Abteilungsleiter des MRLU Köhler.

Am 7. Mai in Erkner wurde der Blick auf das Thema Liberalisierung der Wasserwirtschaft gelenkt. Zu den ReferentInnen gehörten: R. Andreas Kraemer (Gutachter des neuen Liberalisierungsgutachtens des BMWi), Gunda Röstel von der Gelsenwasser

AG, Professor Hartmut Niesche (Abteilungsleiter vom Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg), Petra Bierwirth (umweltpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion) sowie Timothy Moss vom IRS.



Heiße Diskussionen im Trockenen zum Thema Wasserwirtschaft. Veranstaltung von FES und IRS am 7. Mai 2001 in Erkner ■

Trainingseinheit für die Europäische Kommission

Wie Europäische Strukturfondsprogramme besser zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen könnten, war Gegenstand eines Fortbildungsseminars für MitarbeiterInnen der Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission, das am 24. April 2001 in Brüssel stattfand. Ziel des Seminars war es, die wichtigsten Erkenntnisse aus der IRS-Studie "Regional Pathways to Sustainability" sowie aus einzelnen der untersuchten Förderregionen mit den für die Verwaltung der Förderprogramme zuständigen Kommissionsbeamten zu diskutieren. Nach der Präsentation der Studie durch Timothy Moss wurde vor allem auf das Verhältnis von Innovation und Risikobereitschaft hinsichtlich einer nachhaltigen Entwicklung und die Konsequenzen für das Programmmanagement durch die Kommission eingegangen. ■

Regionales Flächenmanagement

Die Zusammenarbeit im Flächenmanagement ist eine entscheidende Voraussetzung für eine zukunftsfähige regionale Entwicklung. Dies unterstrichen am 3. Mai 60 Experten während der Auftaktveranstaltung des Modellvorhabens der Raumordnung "Regionales Flächenmanagement". Das Modellvorhaben wird in Kooperation zwischen dem IRS und dem Institut für ökologische Raumentwicklung Dresden (IÖR) durchgeführt.

Im Mittelpunkt der von den beiden Instituten für das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

durchgeführten Veranstaltung stand die Frage, wie ein regionales Flächenmanagement auszugestalten sei. Vom IRS stellten Hans Joachim Kujath und Thomas Weith verschiedene Modelle der Koordination regionaler Flächennutzung zur Diskussion. Sie verdeutlichten, dass in den Regionen eine Vielzahl unterschiedlicher gemeindeübergreifender Ansätze der Flächennutzungssteuerung existieren, es aber an Einschätzungen fehlt, ob und wie diese unter anderen Bedingungen wirken. Es sei erkennbar, dass die großen Unterschiede der Entwicklung auf den regionalen Bodenmärkten ein Überdenken der herkömmlichen Raumentwicklung und der meist räumlich begrenzten interkommunalen Zusammenarbeit im Flächenmanagement erforderlich machen.

Kontakt im IRS über: KujathH@irs-net.de oder WeithT@irs-net.de ■

Wasserwirtschaftliche Fachtagung

Auf einer Fortbildungsveranstaltung des Landesumweltamts Brandenburg am 8. und 9. Mai in Lebus über die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie im Land Brandenburg hielt Timothy Moss einen Vortrag über Möglichkeiten zur Beteiligung der Öffentlichkeit am Umsetzungsprozess der Rahmenrichtlinie. ■

Frühjahrstagung der DGS - Sektion "Stadt- und Regionalsoziologie": Stadtentwicklung im östlichen Europa

Zu einer gutbesuchten Veranstaltung (60 Teilnehmer) haben die

Stadt- und Regionalsoziologen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) Wissenschaftler aus sechs "postsozialistischen Transformationspfaden" (Tschechien, Ungarn, Rumänien, Russland, Polen, Ost-Deutschland) am 11./12. Mai 2001 in das IRS nach Erkner eingeladen. Finanziert durch den DAAD diskutierten die Fachkollegen Probleme und Optionen der Stadtentwicklungsdynamiken im östlichen Europa - in systematisch vergleichender Absicht. Suburbanisierungs- und Innenstadtentwicklungen, das Verhältnis von formalen und informellen Institutionen dabei, krasse Entwicklungsspreizungen, die zum Teil dramatischen Probleme auf den Wohnungsmärkten, neue Steuerungsformen und Probleme der Datengenerierung sowie die Rolle von qualitativen und methoden-mixenden Verfahren waren einige der Referats- und Diskussionsthemen. Tagungssprachen waren deutsch und englisch. Organisiert wurde die Tagung von Ulf Matthiesen (IRS).



Volles Haus: Frühjahrstagung "Stadtentwicklung im östlichen Europa"

Eine kurze Zusammenfassung der Tagungsergebnisse ("Final Discussion Round") ist über das IRS zu beziehen. Kontakt: KoeppenM@irs-net.de ■

Regionalentwicklung in einer offenen Gesellschaft

Unter dem Eindruck zunehmender globaler Wirtschaftsprozesse und eines sich gleichzeitig verschärfenden Wettbewerbs zwischen Regionen und Städten fand die Bundesfachtagung der Volkswirte an Fach- und Gesamthochschulen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz "Regionalentwicklung in einer offenen Gesellschaft" vom 16. bis 18. Mai 2001 im Jagdschloss Hubertusstock/Eberswalde statt. Auf der Tagung wurde vor allem das Verhältnis zwischen endogenen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten von Regionen und den sich ausweitenden globalen Bindungen behandelt. Hans Joachim Kujath vom IRS hielt das Einleitungsreferat "Regionalentwicklung unter dem Einfluss neuer Dienstleistungsökonomien". ■

* * *

Vorträge

Karl-Dieter Keim hielt am 23. April 2001 bei der "Stadtwerkstatt" in Cottbus den Einleitungsvortrag zum Thema "Die Herausforderung: Schrumpfende Städte und periphere Regionen. Wanderungsbewegungen in den ostdeutschen Ländern". Es handelte sich um eine überregionale Fachveranstaltung, die von den BTU-Studierenden eigenständig organisiert und durch einen Werkstatt-Laden und Diskussionen in die Cottbusser Öffentlichkeit getragen wurde.

Zu den Ergebnissen wird in Kürze eine Dokumentation vorgelegt werden. Stadtwerkstatt 2001, BTU Cottbus, Universitätsplatz 3-4, 03044 Cottbus; E-Mail: info@stadtwerkstatt.de ■

Am 21. und 22. Mai 2001 wirkte Karl-Dieter Keim an einem Kongress der Schader-Stiftung "wohnen: wandel. Szenarien, Prognosen, Optionen zur Zukunft des Wohnens" in Mannheim mit. Er referierte zu dem Thema "Aufbau Ost: Schrumpfende Städte und periphere Regionen. Wanderungsbewegungen in den ostdeutschen Ländern". Die mehr als 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten anhand von 35 Vorträgen einen multidisziplinären, aktuellen Überblick über die Wohnungsfrage in Deutschland gewinnen. Hervorzuheben ist, dass die ostdeutsche Situation lediglich in drei Referaten zur Sprache kam; aus westdeutscher Sicht fehlt es bis heute an einem Verständnis dafür, dass hier abweichende Bedingungen vorherrschen, die auch andere Bearbeitungsformen erfordern. ■

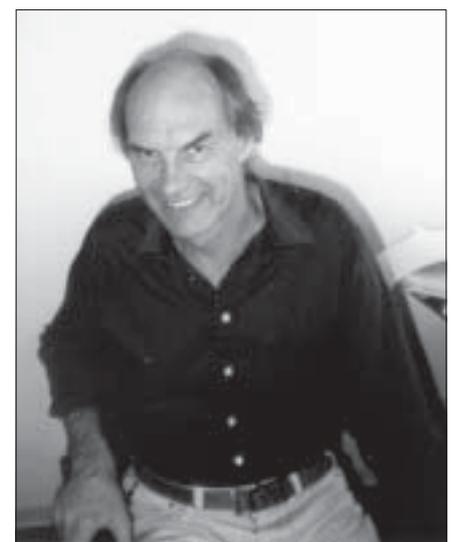
IRS-Forschungskolleg:

Hal Colebatch - Ein australischer Forscher in Erkner

Hal Colebatch ist Dozent an der australischen University New South Wales, School of Science and Policy. Bis Mitte Juni war er in seinem freien Forschungssemester für drei Monate Gast des IRS. Im Rahmen des Forschungskollegs hat er sich seit April mit der Forschungstätigkeit des IRS vertraut gemacht und ist seinen eigenen Forschungsinteressen gefolgt. Colebatch ist Politologe und insbesondere auf Politik- und Organisationsanalysen spezialisiert. In einem Gastvortrag am 16. Mai berichtete er im IRS über sein aktuelles Forschungsprojekt, in dem er sich mit Steuerungsproblemen im Bereich Flächennutzung beschäftigt. Er entwickelte theoretische Zugänge zum

Begriff "Governance", setzte ihn in Beziehung zu Konzepten wie Privateigentum, Markt und staatliche Institutionen, und untersuchte ihn näher am Beispiel der Landnutzung in New South Wales. Anknüpfungspunkte für seine Arbeit findet er bei mehreren IRS-Forschungsprojekten, vor allem im Forschungsbereich B "Institutionenwandel: Historische Entwicklungspfade und Governance-Formen bei der Nutzung raumgebundener Gemeinschaftsgüter", der sich ebenfalls mit Fragen zu Governance und Institutionenbildung am Beispiel des regionalen Wassermanagements beschäftigt. Hal Colebatch wurde von Timothy Moss fachlich betreut. Ziel seines Aufenthalts war es, empirische Beobachtungen zu australischen Planungskonflikten und Governance-Formen vergleichend in den europäischen Kontext zu stellen.

Erste Forschungsergebnisse werden auf die IRS-Homepage gestellt. Eine gemeinsame Buchpublikation mit Beiträgen, die un-



Zu Gast im IRS-Forschungskolleg: Prof. Dr. Hal Colebatch

terschiedliche Perspektiven auf Governance-Probleme eröffnen, ist vorgesehen. ■

IRS erhält wertvollen stadtgeschichtlichen Bücherbestand vom DIFU

Das IRS hat vom Deutschen Institut für Urbanistik aus Anlass der Einstellung der stadtgeschichtlichen Forschung am DIFU dessen wertvolle historische Handbibliothek übereignet bekommen. Die Büchersammlung enthält unter anderem grundlegende ältere Nachschlagewerke zur Stadtforschung, einen umfangreichen Bestand an Stadtgeschichtsmonographien, der sich mit dem am IRS bereits vorhandenen in glücklicher Weise ergänzt, sowie ältere und neuere Zeitschriftenbestände. Die Nutzer der Wissenschaftlichen Sammlungen und der Bibliothek werden damit in Zukunft auf ein erheblich erweitertes Literaturangebot zur Stadt- und Planungsgeschichte zugreifen können. ■

Wettbewerb für Städte und Gemeinden im vereinten Deutschland

Unter der Schirmherrschaft des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen lobt die Deutsche Stiftung Denkmalschutz in Zusammenarbeit mit

- dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
- dem Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien
- dem Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz und im Zusammenwirken mit
- dem Deutschen Städtetag sowie mit
- dem Deutschen Städte- und Gemeindebund

einen bundesweiten Wettbewerb zum Thema "Leben in historischen Innenstädten und Ortskernen - Zukunft für urbane Zentren und Räume" aus (Laufzeit: Juli 2001 bis Oktober 2002).

Es ist vorgesehen, dass der Auslober das IRS mit der wissenschaftlichen Beratung und Vorprüfung sowie mit der Geschäftsführung dieses Wettbewerbs beauftragt.

Der Wettbewerb gibt erstmals allen Gemeinden im vereinten Deutschland Gelegenheit, in den Handlungsfeldern - erhaltende Stadterneuerung, städtebaulicher Denkmalschutz und Stadtgestaltung - ihre Leistungen, Erkenntnisse und Erfahrungen sichtbar zu machen. Mit der Präsentation der "besten Beispiele" für innovative und vernetzte Konzepte, für Strategien und qualitätsvolle Lösungen einer zukunftsfähigen Innenentwicklung sollen Impulse für die weitere Entwicklung gegeben und in der Öffentlichkeit die Einsicht in die Bedeutung und Notwendigkeit dieser Aufgabenfelder gestärkt werden. Die Auslober wollen damit auch die private und bürgerschaftliche Initiative anregen und zugleich die Gebietskörperschaften ermutigen, die schwierigen Entwicklungsaufgaben innovativ anzugehen.

Der Ausschreibungstext für den Wettbewerb kann beim Auslober oder beim IRS ab Juli 2001 angefordert werden. Informationen finden Sie auch im Internet auf der Homepage des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung/IRS unter www.irs-net.de/wettbewerb.htm

Kontakt im IRS über Adalbert Behr; Tel.: 03362/793-237, E-Mail: BehrA@irs-net.de ■

WGL-Sektion B: Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Raumwissenschaften

Die Sektion B der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) tagte am 2. März 2001 auf Einladung des Sektionsprechers, Karl-Dieter Keim, im IRS. Inhaltlich befasste sich die Sektion auf dieser außerordentlichen Sitzung mit der Wahl des Präsidenten der WGL.

In Essen fand am 17. Mai die 15. reguläre Sektionssitzung statt. Karl-Dieter Keim gab seine Funktion als Sektionssprecher an Peter Mohler ab (GESIS, Mannheim). Paul Klemmer, Präsident des gastgebenden Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, (RWI, Essen), bedankte sich beim seitherigen Sektionssprecher für dessen Mediationsleistungen und Vermittlung von Sektionsinteressen in das Präsidium der WGL. ■

* * *

Berufungen

Manfred Kühn wurde im März 2001 durch den Präsidenten der Akademie für Raumforschung und Landesplanung zum Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft "Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern" berufen. ■

Jochen Monstadt wurde im März 2001 in den neu eingerichteten Arbeitskreis der Akademie für Raumforschung und Landesplanung zum Thema "Räumliche Aspekte neuer Entwicklungen der Energiepolitik in Deutschland" berufen. ■

Aus den raumwissenschaftlichen Partnereinrichtungen der WGL/Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz

IÖR/Institut für ökologische Raumentwicklung

Gebäudepass-Konzept aus Dresden

Die Entscheidung, ein Haus zu bauen oder zu kaufen, bedeutet, sich mit zahlreichen weit reichenden Fragen auseinander zu setzen.

Neben klassischen Fragen wie Grundrissgestaltung und Finanzierung stellen sich zunehmend auch Fragen der Gesundheits- und Umweltverträglichkeit von Bauprodukten und Konstruktionen. Dabei sind die besonderen Qualitäten insbesondere ökologisch hochwertiger Gebäude für Bauherren, potenzielle Käufer oder Mieter häufig gar nicht ohne weiteres erkennbar.

Eine Möglichkeit, hier Transparenz und Sicherheit für alle Beteiligten zu schaffen, bietet der "Gebäudepass". Vergleichbar mit einem erweiterten Kfz-Brief können mit einem Gebäudepass die Eigenschaften und Qualitäten eines begutachteten Gebäudes übersichtlich dokumentiert und gegebenenfalls auch zertifiziert werden.

Vor diesem Hintergrund hat das Innenministerium Schleswig-Holstein aktuell durch das Institut für ökologische Raumentwicklung ein Projekt zu den Grundlagen für einen "Gebäudepass Schleswig-Holstein" bearbeiten lassen. Ziel ist die Entwicklung eines Instrumentariums zur Kennzeichnung guter Bauqualität und Förderung ökologischer Qualitäten im Bauwesen. Als wesentliche Bedingung für das Gelingen wird in Schleswig-Holstein die Beteiligung eines möglichst großen Kreises von Interessengruppen des Bauwesens an der Entwicklung gesehen. Schleswig-Holstein gehört damit zu den Gebäudepass-Vorreitern unter den öffentlichen Akteuren im bundesdeutschen Bauwesen.

Kernelemente der "Basis-Konzeption Gebäudepass Schleswig-Holstein", die im Rahmen des Projektes entwickelt wurde, sind eine qualifizierende Beratung, Baubegleitung und Gebäudedokumentation sowie Zertifizierung in ausgewählten Teilbereichen und eine regelmäßige Fortschreibung des Gebäudepasses. Damit setzt der Gebäudepass Schleswig-Holstein nicht allein auf eine abschließende Beurteilung des fertigen Gebäudes, sondern vielmehr auf eine teamorientierte Qualifizierung des jeweiligen Vorhabens von Anfang an. Hier sollen auch die Erfahrungen aus der ebenfalls auf ökologische Qualifizierung ausgerichteten Wohnungsbauförderung des Landes genutzt werden.

Das Instrumentarium soll spätestens ab Anfang 2002 zunächst in einer Pilotphase in den Praxistest gehen, wobei eine Adaption des Gebäudepasses für die spezifische Situation der Bestandsanierung erprobt werden soll. Hiervon sind wichtige Impulse auch für den Umgang mit dem Gebäudebestand über Schleswig-Holstein hinaus zu erwarten.

Ansprechpartner: Dipl.-Soz. Andreas Blum, Abteilung Wohnungswesen und Bauökologie, Tel. 0351/4679245, E-Mail: A.Blum@ioer.de ■

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Zukunftsforum RaumPlanung

Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung und das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung werden am 15. und 16. November 2001 im ehemaligen Plenarsaal des Bundestages in Bonn ein größeres Forum veranstalten. Im Mittelpunkt steht die Situationseinschätzung und Standortbestimmung der Raumplanung in Deutschland zu Beginn des neuen Jahrhunderts, wobei Vorschläge für ihre Weiterentwicklung und für die Gewährleistung ihrer Zukunftsfähigkeit unterbreitet werden.

Die Beurteilung der Raumplanung schwankt in der Bundesrepublik Deutschland zwischen dem Ruf nach der Stärkung ihrer Stellung und der eher kritischen Einschätzung dieses Politikfeldes. Neue Herausforderungen für die Raumplanung ergeben sich durch die regionalen Effekte der zunehmenden Globalisierung, die Erweiterung der EU, die regionalen Folgen von Transformationsprozessen, die anhaltende Verstädterung und die wachsende Problematik der Entwicklung dünn besiedelter ländlicher Räume.

Die Ziele der Veranstaltung sind darauf gerichtet,

- die Zukunftsrelevanz des Politik- und Forschungsfeldes für die nachhaltige Entwicklung Deutschlands in Europa herauszustellen,
- die zentralen Probleme, Chancen und Aufgaben von Raumplanung und Raumentwicklungspolitik zu verdeutlichen,
- die Position der Raumpolitik in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft zu verbessern sowie
- das Raumbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu schärfen.

Grundfragen der räumlichen Entwicklung, Planung und Politik sowie der Verantwortung der Gesellschaft für den Raum werden in Leitvorträgen des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Clement, und des Senators a.D. Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, vorgetragen. Darüber hinaus finden vier Podien zu folgenden Themen statt:

- Veränderte Rahmenbedingungen der Raumentwicklung,
- Kontinuität und Wandel der Planungsphilosophie,
- Steuerungsmöglichkeiten der räumlichen Entwicklung und
- Raumplanung - ohne öffentliches Interesse?

Das Gesamtprogramm des Zukunftsforums ist auf der Homepage der ARL zu finden (www.ARL-net.de).

Gerd Tönnies, Sekretariat der ARL, Toennies@ARL-net.de ■

IfL/Institut für Länderkunde

Einladung zum 53. Deutschen Geographentag Leipzig 2001

Stadt und Region - Dynamik von Lebenswelten

29. September bis 5. Oktober 2001

Unter dem Motto "Stadt und Region - Dynamik von Lebenswelten" findet vom 29.09. bis 05.10.2001 der 53. Deutsche Geographentag im Hörsaalgebäude der Universität Leipzig in unmittelbarer Citylage statt. Zahlreiche Veranstaltungen lenken einerseits die thematischen Schwerpunkte auf den urbanen Raum und seine benachbarten Regionen, die lokal, regional und global zunehmende Bedeutung erfahren, andererseits dokumentiert die Tagung eindrucksvoll auch die große inhaltliche Spannbreite des Faches Geographie.

Fragestellungen

Braucht die Gesellschaft überhaupt die Stadt? Dieser provokativ formulierten Frage nähern sich im Leitthemenbe-

reich zu den dynamischen Entwicklungen im urbanen Raum geographische Forschungsfelder und ihre Fragestellungen, z.B.:

Wirtschaftliche Aspekte

Welche Perspektiven eröffnen sich im globalen Wettbewerb, unter den Bedingungen der europäischen Integration, und welche Einflussfaktoren sind dabei maßgeblich?

Soziokulturelle Aspekte

Verschiedene Lebensstile und Kulturen im städtischen Gefüge, welche Konflikte treten auf und wie lassen sich Handlungslinien zu deren Lösung finden, welche Denk- und Politikblockaden müssen dafür aufgebrochen werden? Ist Armut in der Stadt ein Thema für die Geographie?

Stadtökologische Aspekte

Welche Herausforderungen gilt es für eine naturverträgliche regionale Entwicklung zu meistern?

Natur in der Stadt - was entwickelt sich spontan und was gleicht einer geplanten Gestaltung?

Wie lässt sich städtischer Straßenverkehr noch mit dem Ansatz nachhaltiger Entwicklung vereinbaren?

Szenarien der Stadtentwicklung

Die Lokale Agenda 21 - von der Vision zur Wirklichkeit

Welche Kooperations- und Organisationsformen sind für die weitere Entwicklung entscheidend? Planung international - welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten lassen sich finden, welches sind Strategien für die Stadt von morgen?

Programm und Anmeldung

Programmhefte mit den Anmeldeunterlagen sowie Auskünfte gibt es beim: Ortsausschuss des 53. Deutschen Geographentags 2001, Institut für Länderkunde, Schongauerstr. 9, 04329 Leipzig, Fax: (0341) 255-6598 (Stichwort "Geographentag"). Dipl.-Geogr. Ole Wittrock, Tel.: (0341) 255-6542, E-Mail: O_Wittrock@ifl-leipzig.de

Informationen finden Sie auch im Internet unter www.ifl-leipzig.de/geotag oder www.geographie.de ■

Lehrveranstaltungen von IRS-Wissenschaftlern im Sommersemester 2001

■ **Dr. Manfred Kühn**

Studienprojekt: Regionalisierung der Stadt. Steuerungsmodelle suburbaner Siedlungsentwicklung
Ort: Technische Universität Berlin, ISR-Institut für Stadt- und Regionalplanung
Zeit: April bis Juli 2001/Okttober bis Februar 2001/02

■ **Thomas Weith**

Projektseminar: Dauerhaft-umweltgerechte Flächenpolitik
Ort: Uni Potsdam/Institut für Geographie
Zeit: Sommersemester (2 SWS)

Veröffentlichungen

- ARROYO, Alejandro Jesús ; KEIM, Karl-Dieter ; SCOTT, James W. (Hrsg.): El renacimiento de las regiones : Descentralización y desarrollo regional en Alemania (Brandenburg) y México (Jalisco). Universidad de Guadalajara, Ucla program on México, Juan Pablos Editor. Guadalajara, Los Angeles, México, 2001. - 297 Seiten
- ARNDT, Michael ; GAWRON, Thomas ; JÄHNKE, Petra: Las políticas regionales mediante la cooperación : del Foro Urbano a la red urbana. In: ARROYO, Alejandro Jesús ; KEIM, Karl-Dieter ; SCOTT, James W. (Hrsg.): El renacimiento de las regiones : Descentralización y desarrollo regional en Alemania (Brandenburg) y México (Jalisco). Universidad de Guadalajara, Ucla program on México, Juan Pablos Editor. Guadalajara, Los Angeles, México, 2001, S. 227-269
- BERNHARDT, Christoph: Umweltprobleme in der neueren europäischen Stadtgeschichte. In: Ders. (ed.): Environmental Problems in European Cities in the 19th and 20th Century - Umweltprobleme in europäischen Städten des 19. und 20. Jahrhunderts. Münster/New York, 2001, S. 5-23

- BÜRKNER, Hans-Joachim: Western migrants in Central Europe: Isolated individuals or members of transnational communities? In: *GeoJournal* 50 (2000), Nr. 2-3, S. 105-108
- BÜRKNER, Hans-Joachim: Transnationalisierung von Migrationsprozessen - eine konzeptionelle Herausforderung für die geographische Migrationsforschung? In: BLOTEVOGEL, Hans H. ; OSSENBRÜGG, Jürgen ; WOOD, Gerald (Hrsg.): *Lokal verankert - weltweit vernetzt*. 52. Deutscher Geographentag Hamburg 2. bis 9. Oktober 1999. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen. Stuttgart : Franz Steiner, 2000, S. 301-304
- FISCHER, T. B.: Tiering in transport infrastructure planning - where is the evidence? Paper for the annual meeting of the International Association for Impact Assessment (IAIA), Cartagena, 27 May-3 June, 2001, conference proceedings on CD-Rom, IAIA, Fargo
- IRS: Further Development of Large New Residential Areas in Central and Eastern Europe as Constituent Elements in a Balanced, Sustainable Settlement Structure and Urban Development. Project within the EU-founded programme Interreg II C (CADSES). Erkner (b. Berlin). -151 Seiten
- KEIM, Karl-Dieter: Las políticas de regionalización desde el punto de vista de la investigación comparada sobre la transformación. In: ARROYO, Alejandro Jesús ; KEIM, Karl-Dieter ; SCOTT, James W. (Hrsg.): *El renacimiento de las regiones : Descentralización y desarrollo regional en Alemania (Brandenburg) y México (Jalisco)*. Universidad de Guadalajara, Ucla program on México, Juan Pablos Editor. Guadalajara, Los Angeles, México, 2001, S. 33-70
- KEIM, Karl-Dieter: Aufbau Ost: Schrumpfende Städte und peripherisierte Regionen. Wanderungsbewegungen in den ostdeutschen Ländern. In: Schader-Stiftung (Hrsg.): *wohn:wandel. Szenarien, Prognosen, Optionen zur Zukunft des Wohnens*, Darmstadt 2001, S. 66-77
- KEIM, Karl-Dieter ; Rietdorf, Werner: Von der Bauakademie zum IRS. In: KISTELLA, Irene u.a. (Hrsg.): *Städtebau ... dem Ort, der Zeit, den Menschen verpflichtet*. Dortmund, 2000 (Beiträge zur Raumplanung 100), S. 138-143
- KÜHN, Manfred: Vom Regionalen Grünzug zum Regionalpark. Neue Leitbilder, Strategien und Instrumente des stadt-regionalen Freiraumschutzes. In: EINIG, Klaus (Hrsg.): *Regionale Koordination der Baulandausweisung*. Berlin : Verlag für Wissenschaft und Forschung, 2000, S. 183-201
- KÜHN, Manfred: Stadt als Kulturlandschaft? Alte Kritik und neue Perspektiven der Stadtlandschaft. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): *Die Zukunft der Kulturlandschaft zwischen Verlust, Bewahrung und Gestaltung*. Hannover, 2001 (Forschungs- und Sitzungsberichte 215), S. 100-105
- MAHNKEN, Gerhard: Ständig auf Draht! Zum Verhältnis von Multimedia- und Face-to-Face-Kommunikationen im Wettbewerb der Regionen. In: *Public Relations Forum für Wissenschaft und Praxis*. (2001), Nr.1, S. 9-14
- MOSS, Timothy ; FICHTER, Heidi: Voies régionales vers le développement durable. Expériences visant à promouvoir le développement durable dans les programmes des Fonds structurels dans 12 régions pilotes. Sonderdruck (frz. Übersetzung der EU-Studie "Regional Pathways to Sustainability"). Brüssel, 2001. - 194 Seiten
- MOSS, Timothy ; Weith, Thomas: Neue Wasserpolitik der EU. In: *Demokratische Gemeinde* (2001), Nr. 5, S. 31-32
- RIETDORF, Werner: Die Zukunft der Großwohnsiedlungen - Chancen und Herausforderungen. In: Tagungsband Symposium "Vom Plattenbau zum neuen Bauen". 2001, S. 16/1-16/6
- WEITH, Thomas: Strategisches Handeln für eine nachhaltige Flächenpolitik. In: Scholl, Bernd ; Engelke, Dirk ; Schmidt, Dietrich (Hrsg.): *Symposium Fläche Sparen*. Karlsruhe, 2001, S. 37-45

Online:

- MOSS, Timothy: Solving Problems of 'Fit' at the Expense of Problems of 'Interplay'? The Spatial Reorganisation of Water Management following the EU Water Framework Directive. Diskussionspapier unter <http://www.irs-net.de/workpaper3.htm>
- MOSS, Timothy ; KUJATH, Hans Joachim: Wasserwirtschaft und Regionalplanung. Der erweiterte Abstimmungsbedarf infolge der EU-Wasserrahmenrichtlinie. In: Barsig, Michael; Keller, Oliver (2001): *Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Neue Perspektiven für das Spree-Havel-Einzugsgebiet*, unter <http://www.tu-berlin.de/zek/kubus>

Nachlese . . .

Das IRS in den Medien

“... Auf der Autobahn zum Bau- markt: Städteplaner diskutieren die Entwicklung ostdeutscher Metropolen ... Vom Zweiten Weltkrieg zerstört, vom Sozialismus verhunzt und seit 1989 mit dritt- klassigen Investorenklötzen über- sät. So präsentieren sich nach An- sicht von Kritikern die meisten Städte Ostdeutschlands und -europas. Das Institut für Region- alentwicklung und Strukturpla- nung in Erkner hat deshalb die dortige Stadtentwicklung zum Thema ihrer Frühjahrstagung ge- macht. Der Tagungsort nahe der EU-Ostgrenze fordert dies gera- dezuheraus. Fachleute aus Polen, Ungarn und Tschechien kamen dabei mit ebenso unterschiedli- chen Einschätzungen zu Wort wie ihre deutschen Kollegen ...”

(Der Tagesspiegel,
23./24.05.2001)

“Militärflächen sollen Grünland werden ... Auf dem schwierigen Feld der Konversion seien der Er- fahrungsaustausch und das ge- meinsame Vorgehen unverzicht- bar, so der Bernauer Bürgermeis- ter Hubert Handke. Zu diesem Zweck wurde Fokus 1997 ge- gründet. Vertreten sind in der Ar- beitsgemeinschaft zehn branden- burgische Gemeinden - darunter Bernau -, zwei Ämter, die Pro- jektgruppe Konversion der Bran- denburgischen Technischen Uni- versität Cottbus sowie das Insti- tut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner ...”

(Märkische Oderzeitung,
15.05.2001)

“Eigene Entwicklungswege zu- lassen ... Prof. Karl-Dieter Keim:

Vor allem muss man einen eigen- en Entwicklungsweg in Ost- deutschland zulassen. Die her- kömmlichen marktwirtschaftli- chen Strategien greifen hier im Nordosten Deutschlands nicht. Wir erforschen zurzeit die Auswir- kungen einzelner Faktoren wie die Mobilität der Bevölkerung, das Geburtendefizit, Wohnungsleer- stände und die Schrumpfung der Infrastrukturnutzung. Weitere Faktoren sind die Verluste an Bil- dungs- und Ausbildungsniveau durch den Wegzug gut Qualifizier- ter und zu wenig Qualifizierungs- angebote, die Arbeitslosigkeit und die wachsende Ungleichheit in den Städten ...”

(Berliner Morgenpost,
04.05.2001)

“... Brandenburger Forscher unter- suchen Plattenbauten in Osteuro- pa ... Anders als in Ostdeutschland sind die Plattenbausiedlungen in Osteuropa meist ohne Alternative an verfügbarem anderem Wohn- raum und somit noch lange Zeit Heimatstadt für Millionen von Menschen. ‚Fast jeder Zweite wohnt dort noch in der Platte, in manchen Regionen sind es über 70 Prozent‘, sagt Heike Liebmann vom Institut für Regionalentwick- lung und Strukturplanung in Erk- ner (Oder-Spree). Das Branden- burger Institut hat in einem zwei- jährigen von der EU geförderten Forschungsprojekt zusammen mit Partnern in Osteuropa Großsied- lungen untersucht und einen Ver- gleich über Entstehen, Status quo und Perspektiven angestellt ...”

(Märkische Allgemeine Zeitung,
03.05.2001)

Das Institutsgebäude an der Flaken- straße in Erkner bei Berlin ist mit dem Regionalexpress von Berlin Mitte in 25 Min. zu erreichen



Die Fußgängerbrücke über das Flaken- fließ führt vom S-Bahnhof Erkner zum IRS

I M P R E S S U M

IRS aktuell No. 32 Juli 2001
ISSN 0944-7377

Herausgeber: IRS/Institut für Regionalent- wicklung und Strukturplanung

Leitung: Prof. Dr. Karl-Dieter Keim

Redaktion: Gerhard Mahnken (verantw.)
und Petra Koch

DTP: Elvira Albrecht,
Dr. Barbara Christ

Fotos: S. 5, 9, 14, 17 (rechts), 18, 19:
IRS; S. 7: Mallwitz; S. 15: BDI;
S. 17 (Mitte): Studio Zacatecas

Anschrift: Flakenstraße 28-31
15537 Erkner (bei Berlin)

Telefon: 03362/793-0
Telefax: 03362/793-111
E-Mail: mahnkeng@irs-net.de
Internet: www.irs-net.de

Bestellung von Publikationen: 03362/793-118

IRS aktuell erscheint vierteljährlich
(Januar, April, Juli, Oktober)
Bei Abdruck Belegexemplar erbeten.

Druckerei: Schulz, Berlin-Wilhelmshagen